FREITAG, 1. MAI 2009 NR. 18 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Sonnen-schirme
Der mobile Schatten
MAURER AG
8192 Glattfelden • 044 867 35 60
www.maurer-glattfelden.ch

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

GEGEN DIE EINFÜHRUNG VON NEUEN ZÖLLEN UND GEBÜHREN

## Road Pricing löst keine Verkehrsprobleme

**Linke Verkehrsideologen versuchen seit Jahren die Einführung von Road Pricing voranzutreiben. Sie unterliegen dem Irrglauben, mit Strassenbenutzungsgebühren für Innenstädte die Verkehrsproblematik in den Ballungszentren lösen zu können. Gemäss unserer Bundesverfassung, ist die Benützung öffentlicher Strassen gebührenfrei, Road Pricing somit nicht zulässig. Zudem sind die Nutzen dieser Wegzölle mehr als fraglich. Die SVP stemmt sich mit aller Kraft gegen die unsoziale Einführung von weiteren Gebühren und Abgaben.**

Versucht man das neudeutsche Wort «Road Pricing» zu übersetzen, resultieren daraus Begriffe wie «Strassen-Preisfestsetzung» oder «Strassen-Preispolitik». Wohl besser ist dem Bundesamt für Raumentwicklung eine Umschreibung des Road Pricing gelungen. Sie lautet, gekürzt, wie folgt:

«Unter Road Pricing versteht man die Benützung einer Strasse gegen Entgelt. Im Einzelfall kann das Entgelt sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Wichtigste Zwecke sind die Verkehrslenkung und die Verkehrsfinanzierung. Gemäss Artikel 82, Absatz 3 der Bundesverfassung ist die Benützung öffentlicher Strassen gebührenfrei, Road Pricing somit grundsätzlich nicht zulässig. Diese Bestimmung geht auf die bis ins 19. Jahrhundert erhobenen Weg- und Brückengelder zurück, welche als Verkehrsbehinderung empfunden wurden. Deshalb zielte schon die Verfassung von 1848 auf die Abschaffung dieser Wegzölle.»

HANS-PETER AMREIN
PRÄSIDENT DER
SVP-VERKEHRSKOMMISSION
SVP KANTON ZÜRICH

### Verkehrsverlagerungen als Folge

Road Pricing gründet auf dem Irrglauben rot-grüner Verkehrsideologen, man könne mittels prohibitiver Wegzölle den Verkehr in den städtischen Ballungszentren lenken und eindämmen. In einigen Grosstädten (wie London und Stockholm) ist der mittelalterliche Wegzoll in den letzten Jahren – unter Inkaufnahme enormer Kosten und mit grossem administrativem Aufwand – wieder eingeführt worden.

Kurzfristig sind in diesen Grossstädten teils leichte Verbesserungen der Verkehrssituation in den Innenstädten vermerkt worden, dafür kam es zu Verkehrsverlagerungen und Staus an den Stadtgrenzen. Selbst in besagten Grossstädten ist es mehr als fraglich, ob sich die Einführung des Road Pricings auszahlt?

Gewerbetreibende und Ladenbesitzer in den Innenstädten hatten teils massive Umsatzrückgänge in Kauf nehmen müssen, was zur Aufgabe oder Verlagerung von Geschäften in die Agglomeration geführt hat. Pendler und Gewerbetreibende, welche zur Ausübung ihres Berufes in den Innenstädten auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, haben grosse Mehrkosten zu gewärtigen.

### Status quo betreffend Road Pricing in der Schweiz

In selbstherrlicher Manier hat unser Parlament – unter Umgehung der Bundesverfassung – einen Weg gefunden, für den Strassentunnel am Grossen St. Bernhard (welche Martigny mit dem italienischen Aosta verbindet), eine Benützungsgebühr zu bewilligen. Weitere Strassenbenützungsgebühren, wie sie die Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und die Nationalstrassenabgabe mittels der Autobahnvignette darstellen, sind aufgrund ihrer Tragweite einer Volksabstimmung unterworfen worden und in der Bundesverfassung in den Artikeln 85 und 86 verankert.

Im Bericht des Bundesrates vom März 2007 auf ein Postulat aus dem Nationalrat findet man unter dem Titel «Anpassung der Bundesverfassung», eine Stellungnahme des Bundesamtes für Justiz: «Das Bundesamt für Justiz hat die bereits früher eingenommene Haltung bestätigt, wonach sich die Kompetenz zur Erteilung von Ausnahmen ausschliesslich auf ein bestimmtes Bauwerk beziehungsweise auf eine bestimmte Strasse beziehe. Ein Road Pricing in der Fläche, wie dies für die Umsetzung auf Ebene Stadt oder Agglomeration erforderlich wäre, würde demgegenüber zwingend eine Änderung der Verfassung voraussetzten.»

Im März 2008 hat der Bundesrat die Federführung für den Auftrag zur Erarbeitung eines Entwurfes für ein «befristetes Bundesgesetz zur Ermöglichung von Versuchen mit Road Pricing in Städten und Agglomerationen» an das Bundesamt für Strassen (ASTRA) übertragen. Insbesondere dank der geschlossenen Haltung der SVP-Fraktion konnte mit Erfolg anlässlich der Herbstsession 2008 das Traktandum «Schaffung der Voraussetzungen für Versuche mit Road Pricing in städtischen Gebieten» aus den Legislaturzielen 2007–2011 gestrichen werden.

### Schaden für die Wirtschaft

Im Kanton Zürich haben links-grüne Ideologen und ewig-engstirnige Fundamentalisten aus den Reihen von Alternativen, Grünen, von SP, GLP und der EVP immer noch nicht eingesehen, dass der Verkehr auch in unseren Städten fliessen muss: So wird mit einem Postulat einen Road-Pricing-Versuch in der Stadt Winterthur gefordert. Diese Politiker sehen leider nicht ein, dass auch mit der temporären Einführung von weiteren Gebühren grosser wirtschaftlicher Schaden angerichtet würde. Angesichts der auf uns zukommenden, gravierenden Rezession wäre die Einführung einer Strassengebühr für die Stadt Winterthur nicht nur unverantwortlich, sondern geradezu fahrlässig! «Arbeiten» und Vorstösse zu Road Pricing sind aus diesem Grunde auch auf kantonaler Ebene einzustellen.

Road Pricing trägt nicht zu einer besseren Verkehrslenkung bei. Es löst keine Verkehrsprobleme –, sondern es verlagert sie nur. Der öffentliche Verkehr hat keine Kapazität, den Individualverkehr aufzunehmen. Umso wichtiger ist die von unserer Partei geforderte konsequente Engpassbeseitigung im Kanton Zürich, welche zu einer Verflüssigung des Verkehrs führen wird.

### Neue Einnahmequelle für den Staat

Road Pricing ist unsozial, die Einführung einer solchen Gebühr würde vor allem wirtschaftlich schwächer gestellte Menschen treffen, ihre Mobilität einschränken und führte zu einer Zweiklassengesellschaft.

Umverteilungs-Protagonisten sehen im Road Pricing auch eine neue, willkommene Einnahmequelle für den Staat. Leider geht auch diese Rechnung – wie meistens, wenn linke Finanzpolitiker am Werke sind – nicht auf. Untersuchungen zum Stockholmer Modell und eine Vollkostenrechnung zu diesem Modell belegen, dass mit der dort eingeführten Strassengebühr Gesamtkosten entstehen, welche mindestens dreimal höher sind als der Ertrag.

Ein zusätzlicher, unnötiger administrativer Aufwand und eine weitere Aufblähung von unserer ungesunden Staatsquote wären aber bei Einführung von Road Pricing gesichert. Zölle und Gebühren sind der wirtschaftlichen Entfaltung noch nie förderlich gewesen. Der Wirtschaftsstandort Zürich und die wegen der Finanzkrise schon jetzt schwächelnden Städte Zürich und Winterthur würden durch die Einführung einer neuen Strassengebühr massiv geschädigt.

## Parolen zur Volksabstimmung vom 17. Mai 2009

### Eidgenössische Vorlagen:

**Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)** — **NEIN**

**Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 «Zukunft mit Komplementärmedizin» (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»)** — **NEIN**

### Kantonale Vorlage:

**Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für Alle; Für eine halbstündliche Bedienung aller S-Bahnstrecken des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) im Kanton Zürich»** — **NEIN**

**Aus ALT mach NEU!**

038.219442

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
**Kostenlose Heimberatung**
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
**wideg ag**

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
**www.wideg.ch**

**Restaurant Flair**

**Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen**

**Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger**

- **Täglich 4 Menus**
- **Hervorragende Weine**
- **Aktuell: Salatbuffet Take away**

Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

**Schreinerei Hanspeter Rütschi**

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...

**Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.**

**Einladung**
Eine Veranstaltung der Aktion Medienfreiheit

**«Die Medien in der Schweiz»**

Gastreferent: Dr. Christoph Blocher

**Dienstag 5. Mai 2009, 20.00 h, Eintritt frei**

Mehrzweckhalle des CEVI Zentrums Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, Tramlinien 6, 7, 11, 13 ab Hauptbahnhof, Haltestelle Rennweg/Augustinergasse

AKTION MEDIENFREIHEIT

**Ihr Immobilien Makler + Verwalter**

Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:
**Einfamilienhäuser**
**Eigentumswohnungen**
**Bauland**

Gerne übernehmen wir auch Ihre
**Verwaltung**

Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:

| | |
|---|---|
| Uster | 044 997 24 70 |
| Buchs | 079 403 62 70 |
| Dietikon | 044 744 25 50 |
| Wettingen | 056 426 02 64 |
| Wohlen | 056 470 13 54 |
| Aarau | 062 726 01 40 |

**BENTO IMMOBILIEN AG**
Immobilien & Verwaltungen
Projektentwicklungen
www.bento.ch

## *Alle sind vor dem Gesetz …*

VON CHRISTOPH MÖRGELI

*Manchmal haben selbst Pfarrer eine Predigt nötig. Und mitunter bedürfen Juristen einer Lektion in Rechtspflege. So heisst es in Artikel 8 der Bundesverfassung: «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» Alle? Alle! Auch Schwarze, Juden und SVP-Politiker. Wirklich alle?*

*Noch immer ist die parlamentarische Immunität von Toni Brunner in Frage gestellt. Der Nationalrat will den SVP-Parteipräsidenten anklagen lassen. Wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses. Weil Toni Brunner als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) dem Justizdepartement Akten ausgehändigt haben soll. Die GPK-Mehrheit hatte zuvor ein Komplott rund um die Absetzung des früheren Bundesanwaltes Valentin Roschacher konstruiert. Das Einzige, was in dieser Sache freilich an Komplott übrig blieb, war das Vorgehen der GPK-Präsidentin Lucrezia Meier-Schatz: Mit Unterstützung der Bundesanwaltschaft versuchte die CVP-Nationalrätin, dem verhassten Justizminister eine Affäre anzudichten, um ihn aus dem Amt zu intrigieren.*

*Während dem Toggenburger Bergbauern Toni Brunner die Immunität entzogen wurde, schützte der Nationalrat die Toggenburger Juristin Lucrezia Meier-Schatz. Obschon sie – durch Protokolle belegt – mit Staatsanwälten den Putsch gegen Blocher koordinierte. «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» Alle? Fast alle.*

*Am vergangenen Wochenende sprach der CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay über Interna der Wirtschaftskommission (WAK). Wie ein parteipolitischer Lautsprecher lobte er den WAK-Auftritt seiner Bundesrätin Doris Leuthard. Und plauderte aus dem von ihr ausgehändigten Bericht. Für den Juristen Christoph Darbellay: Diese Sitzung untersteht dem Amtsgeheimnis. Auch der zitierte Bericht ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Doch es kräht kein journalistischer Hahn danach. Und niemand stellt die parlamentarische Immunität des Walliser Nationalrats in Frage.*

*Wo Personen vor dem Gesetz bevorzugt bzw. benachteiligt werden, spricht man von Willkür. Für alle Juristen mit oder ohne CVP-Brandzeichen sei dazu Artikel 9 der Bundesverfassung in Erinnerung gerufen: «Jede Person hat Anspruch darauf, von den staatlichen Organen ohne Willkür […] behandelt zu werden.» Exakt so definiert sich ein Rechtsstaat. Alles andere sind Bananen- und Kaviar-Republiken.*

SONDERSESSION

# Handwerkerpfandrecht, Renaturierungen und umstrittenes Cassis-de-Dijon-Prinzip

**Der Nationalrat bemühte sich, die allzulange Traktandenliste mit einer Sondersession etwas abzubauen. Der Ständerat arbeitet offensichtlich speditiver. Er konnte sich nämlich diese Sondersession ersparen. Die Debatten betrafen unter anderem die Neugestaltung des Bauhandwerkerpfandrechtes, der Gegenvorschlag zur Volkinitiative «Lebendiges Wasser» sowie die Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Zu reden gaben aber auch die kalte Progression bei der Bundessteuer, die Autobahnvignette und eine ganze Reihe bildungspolitischer Vorstösse.**

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Gleich zu Beginn der Sondersession standen diverse Änderungen im ZGB zur Diskussion. Diese Vorlage trug verschiedenen parlamentarischen Vorstössen zum Schuldbrief- und Bauhandwerkerpfandrecht Rechnung. Gemäss Bundesrat bestand ein wichtiges Ziel der Vorlage darin, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Immobiliensachenrechts zu verbessern und das Grundbuch vermehrt zu einem zeitgemässen Bodeninformationssystem auszubauen. Die SVP ist in der vorberatenden Kommission mit fast allen ihren Anträgen unterlegen und beantragte deshalb folgerichtig Nichteintreten.

### Umstrittenes Bauhandwerkerpfandrecht

Eine längere Diskussion drehte sich bei dieser Gesetzesänderung um die Ausgestaltung des Bauhandwerkerpfandrechtes. Gemäss der geltenden Fassung sind auch Subunternehmer berechtigt, ihre Forderungen geltend zu machen. Immer mehr Handwerker und natürlich auch Generalunternehmer lassen ihre Arbeiten durch einen von ihnen ausgewählten Subunternehmer ausführen. Für Grundeigentümer und Bauherren kann dies jedoch zu ungemütlichen Situationen führen, indem sie auch für Zahlungen an Subunternehmer haftbar gemacht werden, welche sie weder ausgewählt noch einen Werkvertrag abgeschlossen haben. Dies sogar in Fällen, wo im Werkvertrag die Weitergabe von Arbeitsleistungen an Subunternehmer ohne Einverständnis des Bauherrn ausdrücklich untersagt wurde. So häuften sich in letzter Zeit die Fälle, wo ein Bauherr seinen Vertragspartner ordnungsgemäss bezahlte, bei Problemen zwischen dem Unternehmer und Subunternehmer jedoch für die gleichen Arbeiten zweimal zur Kasse gebeten wurde. Schlussendlich stimmte der Rat einer Ergänzung zu, welcher die Rechte des Bauherrn stärkt, ohne die Handwerker zu benachteiligen.

### SVP gegen unnötigen Kulturlandverschleiss bei Renaturierungen

Mit dem Gegenentwurf zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um die Revitalisierung der Gewässer zu fördern, die negativen Auswirkungen der Abflussschwankungen zu verhindern und den Geschiebehaushalt zu reaktivieren. Sodann sollen die Gewässer über den Raum verfügen, der für die Sicherstellung der natürlichen Funktionen der Gewässer sowie für den Schutz vor Hochwasser erforderlich ist. Geregelt werden soll gleichzeitig die Restwassermenge für Kleinwasserkraftwerke. Die Kosten von jährlich über 100 Millionen Franken sollen u.a. auch durch einen Stromzuschlag finanziert werden. Die SVP lehnte sowohl die Initiative wie den Gegenvorschlag ab. Mit der vorgesehenen Regelung werden der Steuerzahler und der Stromkonsument einmal mehr zusätzlich belastet. Überdies werden die Rahmenbedingungen der Wasserkraft verschlechtert. Sodann sind die Vorschriften für Renaturierungen derart formuliert, dass mit dem Kulturland im Bereich von zu sanierenden Fliessgewässer sehr grosszügig, wenn nicht sogar verschwenderisch, umgegangen wird.

### Einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips

Das Cassis-de-Dijon-Prinzip bedeutet, dass Produkte aus EU- und EWR-Länder in der Regel frei importiert und verkauft werden können, sofern sie nach den Vorschriften dieser Länder hergestellt wurden. Eine Sonderregelung ist lediglich für Lebensmittel vorgesehen. Gegen diese Liberalisierung im Handel ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Es macht keinen Sinn, dass jedes Land eigene Vorschriften für die Herstellung gleicher Produkte aufstellt. Für die SVP ist es jedoch nicht akzeptabel, dass die Schweiz dieses Prinzip einseitig einführen will. Unsere Vorschläge auf Gegenseitigkeit mit der EU wurden leider bereits in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) abgelehnt. Damit werden unsere Industrie- und Gewerbebetriebe massiv benachteiligt. Ausländische Produkte können automatisch eingeführt werden, umgekehrt verfügt unsere Exportwirtschaft in den EU-Länder nicht über die gleichen Möglichkeiten. Zu Gunsten der Konsumenten wird die Exportwirtschaft benachteiligt. Ausgerechnet dieser Wirtschaftszweig, welcher am stärksten unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leidet.

### Ausgleich der kalten Progression, bildungspolitische Vorstösse und Autobahnvignetten

Im Weiteren befasst sich der Rat mit dem Ausgleich der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer. Von kalter Progression wird gesprochen, wenn eine steuerpflichtige Person beim Steuertarif in eine höhere Progressionsstufe gerät, weil ihr Einkommen aufgrund des Teuerungsausgleichs nominal gestiegen ist. Der Bundesrat beantragte eine Herabsetzung der Teuerungsausgleichsschwelle von derzeit 7 Prozent auf 3 Prozent. Ein Antrag der SVP, dass der Teuerungsausgleich jährlich vorzunehmen sei, scheiterte in der WAK nur knapp.

Der Mittwoch war vor allem einer ganzen Reihe von bildungspolitischen Vorstössen gewidmet. Einmal mehr sollen aber auch die Autofahrer wiederum zur Kasse gebeten werden.

Mit einer Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes wollte der Bundesrat die Kontrolle der Autobahnvignetten neu regeln und die Bussen verdoppeln.

Die SVP beantragte Nichteintreten.

POLITPROPAGANDA DER EVANGELISCH-REFORMIERTEN LANDESKIRCHE

# Keine Politik von der Kanzel

**Kirchenvertreter haben in der Politik nichts verloren und sollen sich nicht in politische Belange einmischen. Dennoch drängen sich Kirchenfunktionäre vermehrt mit ihren einseitigen, ideologisch geprägten politischen Stellungnahmen in die Öffentlichkeit.**

KONRAD LANGHART
BEZIRKSPRÄSIDENT
SVP ANDELFINGEN

Die Schweiz gehört (noch) zum abendländisch-christlichen Kulturkreis. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Bei der Bewahrung unserer christlich geprägten Gesellschaftswerte käme der Institution Kirche eine wichtige Aufgabe zu. «Käme», denn die Realität sieht oft anders aus. Hohe Kirchenfunktionäre auf kantonaler und eidgenössischer Ebene machen mit zahlreichen und einseitig, linksideologisch geprägten Stellungnahmen zu Gesellschaftsfragen fast systematisch das Gegenteil. Man zeigt unterwürfiges Verständnis und Toleranz gegenüber Forderungen anderer Religionsangehöriger in der Schweiz, noch dazu ohne auf Gegenrecht zu beharren. Man toleriert Gesetzesübertretungen aller Art von Asylmissbräuchen bis Kirchenbesetzungen. Ja man bietet vereinzelt sogar noch Hilfe und Unterstützung für dieses Tun an.

Weit weniger tolerant und unvoreingenommen ist man hingegen mit der eigenen Basis, den noch verbliebenen Angehörigen der Landeskirche, die pflichtbewusst ihre Kirchensteuer abliefern. Speziell wenn diese eine andere politische Weltanschauung haben.

Unter den Reformierten dürfte beispielsweise der Anteil der jeweils im Sinne der SVP wählt und abstimmt noch höher sein als unter allen Stimmberechtigten. Das hindert die Kirchenoberen nicht daran, dieser Gruppe mit Verachtung und Ablehnung zu begegnen. Die Steuern nehmen sie stillschweigend natürlich trotzdem.

### Keine Spur von Ausgewogenheit

Jüngstes Beispiel inakzeptabler Politpropaganda der evangelisch-reformierten Landeskirche ist ein Beitrag zur Minarettinitiative in der aktuellen Ausgabe von «reformiert». Diese Zeitung ist bestimmt für alle ihre Mitglieder in einigen Kantonen und hat deshalb so was wie einen halboffiziellen Charakter. Auf vier ganzen Seiten wird dargelegt, warum man nein stimmen soll. Auf einer weiteren Drittelseite werden dann doch noch einige Argumente der Befürworter erwähnt, um wenigstens den Anschein von Ausgewogenheit zu wahren, wie sie im Redaktionsstatut eben dieser Zeitung eigentlich vorgesehen wäre. Die voreingenommenen Redaktorinnen waren auch nicht an einem seriösen Interview mit einem eingeladenen Initianten interessiert, so dass sich dieser gezwungen sah, das Gespräch vorzeitig abzubrechen.

### Verärgerung ist gross

Die Kirchen und ihre Organe sollten sich aus der politischen Diskussion heraushalten. Auch weil ihre Mitglieder unterschiedliche Auffassungen haben und dazu gar nie befragt werden. Für die Politik sind die Parteien zuständig. Die Verärgerungen über einseitige Einmischungen von Kirchenvertretern und gleichzeitig selbsternannten Moralinstanzen sind gross. Sie sind auch ein Grund für Kirchenaustritte. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. So wenig Politiker von den Kanzeln predigen sollen, sollen Prediger von den Kanzeln politisieren. In den lokalen Kirchgemeinden hält man sich vorwiegend an diesen Grundsatz. Pfarrerinnen und Pfarrer kümmern sich um Freuden und Sorgen der Menschen. Frauen und Männer leisten wertvolle und teilweise freiwillige Arbeit in den Gemeinden. Dafür zahle ich meine Kirchensteuer gerne.

Aber sicher nicht dafür, dass meine eigene Organisation unerwünschte und teils gefährliche Veränderungen in der Gesellschaft aktiv unterstützt.

DIE PLÜNDERUNG UNSERER SOZIALWERKE MUSS GESTOPPT WERDEN

# Massenarbeitslosigkeit dank Personenfreizügigkeit

**Im Vorfeld der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit haben die Befürworter behauptet, dass diese für das Wirtschaftswachstum in der Schweiz notwendig sei. Dabei war damals bereits abzusehen, dass in der Schweiz Massenentlassungen bevorstehen.**

NATIONALRAT
ALFRED HEER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP KT. ZÜRICH

Heute nun steht fest, dass die Arbeitslosigkeit allein unter den Deutschen im Kanton Zürich um über 80 Prozent auf 1448 Personen zugenommen hat. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit waren so dreist zu behaupten, dass arbeitslose Deutsche nach Hause fahren würden. Dabei wussten sie ganz genau, dass die schweizerische Arbeitslosenkasse massiv höhere Leistungen vergütet als die deutsche.

Hinzu kommt, dass trotz Wirtschaftskrise und weniger Arbeitsplätzen in der Schweiz der Zustrom von Personen aus Deutschland anhält. Allein von Januar bis März haben sich 1638 Deutsche neu im Kanton Zürich angemeldet.

### Sozialleistungen begrenzen

Die Folgen der Personenfreizügigkeit werden immer klarer: EU-Bürger, die erst seit kurzer Zeit in der Schweiz sind und erst seit kurzer Zeit in die Arbeitslosenkasse einbezahlt haben, werden nun umfangreiche Leistungen beziehen und die Kasse plündern. Dieser Trend wird sich vermutlich bei der Fürsorge fortsetzen, sobald die EU-Bezüger die Leistungen der Arbeitslosenkasse zeitlich ausgeschöpft haben.

Nachdem die deutsche Regierung und einige EU-Länder permanenten Druck auf die Schweiz und den Finanzplatz ausüben, welcher den Wirtschaftsstandort Zürich nachhaltig schädigt, fordert die SVP des Kantons Zürich, dass die bilateralen Verträge so geändert werden, dass arbeitslose EU-Bürger, welche erst im Rahmen der Personenfreizügigkeit in die Schweiz gekommen sind, höchstens so viel Sozialleistungen beziehen können, wie sie einbezahlt haben. Die Plünderung unserer Sozialwerke muss gestoppt werden.

## KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

# EKZ und ZKB im Fokus

**An der letzten Sitzung im Amtsjahr 2008/09 standen die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) sowie der Zürcher Kantonalbank (ZKB) auf dem Programm. Ausserdem wurden zwei Parlamentarische Initiativen (PI) betreffend Kantonalbankengesetz behandelt.**

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Der Kantonsrat hat gemäss EKZ-Gesetz über den Geschäftsbericht, die Jahresrechnung sowie die Gewinnverteilung des EKZ zu beschliessen. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat die Berichte vorgängig geprüft und beantragte dem Kantonsrat diese zu genehmigen. Die gute Wirtschaftslage im Geschäftsjahr 2007/08, die hohe Bautätigkeit sowie die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung prägten den Geschäftsgang der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ). Der Gesamtstromverbrauch im Versorgungsgebiet erhöhte sich um 4,1 Prozent. Die Nettoinvestitionen der EKZ in eine sichere und nachhaltige Stromversorgung betrugen 98,8 Mio. Franken. Der Betriebsertrag der EKZ steigerte sich im Geschäftsjahr 2007/08 um 7,7 Prozent auf 721 Mio. Franken. Das Betriebsergebnis (EBIT) erhöhte sich um 31,6 Mio. auf 16,7 Mio. Franken. Der Ertrag aus dem Stromgeschäft stieg um 6,8 Prozent auf 585,1 Mio. Franken. Das Unternehmensergebnis von 25 Mio. Franken erreicht in etwa das Niveau des Vorjahres und entspricht der Zielsetzung einer ausgeglichenen Rechnung. Der Gesamtstromverbrauch im EKZ-Versorgungsgebiet stieg insgesamt um 4,1 Prozent auf 6032 Gigawattstunden. Am meisten zugelegt hat das Kundensegment der Privat- und Gewerbekunden. Hier konnte ein Zuwachs von 5,9 Prozent auf 1976 Gigawattstunden verzeichnet werden. Die Energielieferung an die Endverteiler erhöhte sich um 4,1 Prozent auf 2260 Gigawattstunden. Der Verbrauch der Grosskunden stieg um 3,6 Prozent auf 1150 Gigawattstunden. Der Bereich Energie-Contracting (Wärmeanlagen mit verschiedenen Umwelt-Energieträgern wie Erdwärme, Seewasser und Biomasse) konnte aufgrund des hohen Ölpreises an den Erfolg der Vorjahre anknüpfen und erreichte einen Ertrag von 8,1 Mio. Franken, was einer Steigerung von 30,8 Prozent entspricht. Der Bereich EKZ Eltop Elektroinstallationen profitierte von der anhaltenden Bautätigkeit und steigerte den Umsatz um 13,8 Prozent auf 50 Mio. Franken. **Kurt Bosshard** (SVP, Uster) betonte im Rat, dass seitens der Kommission keine Nichteinhaltungen der gesetzlichen und verordnungsmässigen Bestimmungen festgestellt werden konnte. Dies erlaube einen positiven Blick in die Zukunft. Ausserdem dürfe schon jetzt gesagt werden, dass im Jahr 2009 keine Entlassungen erfolgen müssen. Der Kanton besitze mit der EKZ ein Unternehmen, welches stabile Arbeitsplätze zur Verfügung stelle und ungeachtet der heutigen Situation weiterhin 160 Lehrstellen anbieten könne. Ausserdem könne auch davon ausgegangen werden, dass auch im Jahr 2009 eine stabile Bilanz präsentiert wird. Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung wurden ohne Gegenstimmen genehmigt.

### Zürcher Kantonalbank

Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen beschäftigte sich ebenfalls mit der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank (siehe Kommentar). Gemäss dem Gesetz über die Zürcher Kantonalbank obliegen dem Kantonsrat die Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts der Bank, die Entlastung der Bankorgane sowie die Wahl der Revisionsstelle. Die Zürcher Kantonalbank hat im zurückliegenden, marktbedingt sehr anspruchsvollen Geschäftsjahr 2008 mit 692 Mio. Franken Bruttogewinn und 503 Mio. Franken Konzerngewinn ein gutes Resultat erzielt. Davon gehen 200 Mio. Franken an die Staatskasse des Kantons Zürich und 100 Mio. Franken werden an die Gemeinden des Kantons Zürich verteilt. **Walter Müller** (SVP, Pfungen) betonte im Rat, dass die Turbulenzen auf dem Finanzmarkt das Ergebnis der ZKB erheblich beeinflusst haben. Trotzdem könne die ZKB ein sehr gutes Resultat präsentieren und weise im Vergleich mit anderen Banken ein sehr solides Eigenkapital auf. **Theo Toggweiler** (SVP, Zürich) gratulierte und dankte dem Bankratspräsidenten, seinem Team und den Mitarbeitern für das gute Resultat. Eine erfolgreiche ZKB sei für den ganzen Kanton von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Besonders wichtig seien die Arbeitsplätze für die Bank, die über 700 Mio. Franken an Löhnen auszahle. Bankratspräsident **Urs Oberholzer** (SVP) bedankte sich ebenfalls für die positive Würdigung und betonte, dass sich seine Bank ständig verbessern müsse. Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung wurden ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen.

### Zum Fall Sulzer

Zu der Sulzer-Affäre kann festgehalten werden, dass die Finanzmarktaufsicht (Finma) das eingeleitete Verwaltungsverfahren gegen die ZKB am 22. Januar 2009 abgeschlossen hat. Es wurde festgestellt, dass die ZKB im Zusammenhang mit der Emission und dem Handel in Effekten der Sulzer AG aufsichtsrechtliche Pflichten schwerwiegend verletzte.

Ferner hat die Finma in diesem Zusammenhang verschiedene organisatorische Mängel bei der ZKB festgestellt. Diese wurden von der ZKB zwischenzeitlich behoben. Man hat sich von denjenigen Personen, welche sich nicht korrekt verhalten haben, getrennt. Das interne Kontrollsystem wurde verstärkt und entsprechende Weisungen erarbeitet.

### Änderung des Kantonalbankengesetzes

Mit zwei Parlamentarischen Initiativen (PI) wurde die Änderung des Kantonalbankengesetzes gefordert. Eine eigens dafür gegründete Spezialkommission hat die Fragen betreffend Nachhaltigkeitsprinzip und Organisation des Präsidiums unter die Lupe genommen. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) betonte im Rat, dass die SVP die PI seinerzeit unterstützt habe, weil wir wissen wollten, ob Handlungsbedarf bestehe. Die Initianten konnten aber keine Beispiele aufzeigen. Darum sei man zum Schluss gekommen, dass kein Handlungsbedarf bestehe und aus diesem Grunde keine Lösungen gesucht werden müssen.

Die Mehrheit der Spezialkommission teilte die Meinung und stellt den Antrag, nicht auf die beiden PI einzutreten. Diesem Antrag folgte auch eine grosse Mehrheit des Kantonsrates und trat demzufolge nicht auf die Forderungen ein.

## DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

| | |
|---|---|
| … die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2007/08 genehmigt. | 😐 |
| … die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2008 genehmigt. | 😐 |
| … auf eine Parlamentarische Initiative betreffend Änderung des Kantonalbankgesetzes Nichteintreten beschlossen. | ☺ |
| … auf eine Parlamentarische Initiative betreffend Nachhaltigkeitsprinzip für alle Geschäftsbereiche im Gesetz über die Zürcher Kantonalbank Nichteintreten beschlossen. | ☺ |

27.4.09

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### *Geschäftsbericht 2008 der Zürcher Kantonalbank*

WALTER MÜLLER
KANTONSRAT SVP
PFUNGEN

***Geschäftsbericht***

*Die Finanzmarktturbulenzen im Geschäftsjahr 2008 haben auch das finanzielle Ergebnis der Zürcher Kantonalbank erheblich beeinflusst. Nach meiner Auffassung hat die ZKB in diesem anspruchsvollen Umfeld ein sehr gutes Resultat erzielt.*

*Der Konzerngewinn von 503 Mio. Franken liegt zwar 40 Prozent unter dem Vorjahr. Bei der Gewinnausschüttung folgt die ZKB aber dem Grundsatz der Kontinuität. Darum liegt die Ausschüttung an den Kanton und die Gemeinden nur 12 Prozent unter dem Rekordjahr 2007. In die Staatskasse fliessen 200 Mio. Franken und die 171 Gemeinden erhalten 100 Mio. Franken.*

*Mit 12,9 Prozent Eigenkapital (vorgeschrieben sind 7 Prozent) ist die Zürcher Kantonalbank im Vergleich mit anderen Banken immer noch gut positioniert.*

*Die SVP-Fraktion gratuliert dem Präsidenten des Bankrates Herrn Dr. Urs Oberholzer und dem gesamten Bankrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gute Geschäftsergebnis. Gleichzeitig danken wir allen Bankangestellten für den geleisteten Einsatz im Jahre 2008.*

***Zum Fall «Sulzer»***

*Aufgrund der Vorkommnisse um die Übernahme der Firma Sulzer hat die Bank sofort die nötigen Konsequenzen gezogen und sich von den fehlbaren Personen getrennt. In der Verfügung der Finanzmarktaufsicht (FINMA) wurde bestätigt, dass keine weiteren personellen Konsequenzen gezogen werden müssen. Im Weiteren bestätigt die FINMA, dass die ZKB in diesem Fall keine aufsichtsrechtlichen Pflichten verletzt hat. Das Verfahren ist nun abgeschlossen. Die im Jahre 2008 neu eingeführte Risikoorganisation sollte nach menschlichem Ermessen Gewähr bieten, dass in Zukunft ein Fall «Sulzer» nicht mehr vorkommen kann.*

***Parlamentarische Initiative Heidi Bucher***

*Mit dieser PI wollte Frau Bucher die Nachhaltigkeit im Bankengesetz verankern. Aus diesem Grunde hat die Aufsichtskommission den Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt. Die Kommission, d.h. vor allem die bürgerlichen Mitglieder, haben festgestellt, dass die ZKB im Bereich «Nachhaltigkeit» viel unternommen hat. Die ZKB hat sich zudem zum Ziel gesetzt, in Bezug auf Nachhaltigkeit in der Schweiz eine führende Stellung einzunehmen. Aus unserer Sicht ist hier kein zusätzlicher Handlungsbedarf nötig. Mit 61 Ja gegen 106 Nein hat der Kantonsrat beschlossen auf die PI Bucher gar nicht einzutreten.*

***Parlamentarische Initiative Esther Guyer***

*Mit dieser PI wollte Frau Esther Guyer das Bankpräsidium von drei Mitgliedern auf zwei reduzieren und gleichzeitig den Bankrat verkleinern. Eine Spezialkommission hat an mehreren Sitzungen diese PI beraten und grossmehrheitlich festgestellt, dass sich die heutige Struktur vor allem in der vergangen Krisenzeit bestens bewährt hat. Mit 54 Ja und 115 Nein ist der Kantonsrat auch auf diese PI gar nicht eingetreten.*

*Der gesetzlich vorgeschriebene Leistungsauftrag der ZKB besteht hauptsächlich darin, die Bevölkerung im Wirtschaftsraum Zürich mit guten Geld- und Bankdienstleistungen zu versorgen. Unter dem Motto «die nahe Bank» hat sie die Regionen neu aufgeteilt und die Beratung der Kunden weiter ausgebaut und verbessert.*

BILDUNGSTAGUNG

# Bildungspolitische Anliegen einmal mehr bestätigt

**Am vergangenen Samstag trafen sich engagierte Mitglieder, um über aktuelle Bildungsthemen zu diskutieren und entsprechende Lösungen zu erarbeiten. Eins liess sich unschwer feststellen – Bildung bewegt!**

KANTONSRAT
SAMUEL RAMSEYER
PRÄSIDENT DER
SVP-BILDUNGSKOMMISSION

Einmal mehr trafen sich rund 50 engagierte SVP-Mitglieder zu einer Bildungstagung. Drei Themenkreise galt es zu bearbeiten:

- Lehrplan 21 (Ziel war, eine Stellungnahme zum vorliegenden Lehrplankonzept zu verabschieden), unter der Leitung von KR Samuel Ramseyer.
- Das Berufsbild, die Anforderungen an Lehrpersonen (Erarbeiten von Forderungen zum Lehrerauftrag), unter der Leitung von Bildungsrat Hanspeter Amstutz.
- Das Therapie- und Integrationskonzept an der Volksschule (Erarbeiten von Forderungen), unter der Leitung von KR Matthias Hauser.

Nach der Begrüssung durch den Kantonalpräsident, Nationalrat Alfred Heer und einem engagierten Eintretensvotum von Nationalrat Christoph Mörgeli, der zehn bildungspolitische Thesen zur Diskussion stellte, arbeiteten die Teilnehmenden in drei Gruppen. Unschwer lässt sich feststellen, dass Bildung bewegt! Neben sachlichen themenbezogenen Beiträgen wurden wie immer an solchen Tagungen auch grundlegende Dinge diskutiert. Die Ergebnisse der Gruppenarbeiten lassen sich zusammengefasst wie folgt beschreiben: Die «alten» Forderungen und bildungspolitischen Anliegen der SVP wurden einmal mehr bestätigt!

### Lehrplan 21

Die Befürchtungen, dass mit diesem sogenannten Rahmenlehrplan ein Regelwerk geschaffen wird, das unübersichtlich und damit schwer lesbar ist, das den freien Gestaltungsrahmen der einzelnen Kantone mit Ausnahme der Freifächer auf das Organisatorische einschränkt, ist mit Sicherheit berechtigt. Es steht für die Gruppe ausser Frage, dass ein deutschsprachiger Rahmenlehrplan schlank und lesbar gestaltet sein muss. Die detaillierte Stellungnahme kann ab dem 20. Mai auf der Homepage der SVP zur Kenntnis genommen werden.

### Berufsbild Lehrpersonen

Generalisten statt Spezialisten. Die Gruppe bestätigte einmal mehr, dass die Lehrkräfte auf der Kindergarten- und Primarstufe so ausgebildet werden müssen, dass sie in der Lage sind, alle Fächer der Primarstufe zu unterrichten. In der Ausbildung zur Lehrperson soll die Didaktik wieder vermehrt im Rahmen der Wissensvermittlung ausgebildet werden. Das ganz im Geist der überfachlichen Kompetenzen, die auch gemäss dem Lehrplan 21 fächerübergreifend geschult werden sollen. Auf der Oberstufe sollen die Lehrpersonen in zwei statt heute vier Fächern wissenschaftlich vertieft ausgebildet werden. Die B/C-Lehrpersonen sollen in der Lage sein, mindestens zwei Drittel der angebotenen Fächer zu unterrichten. Für diese Stufe gilt, was auch für die Primarstufe gelten soll: Es braucht Generalisten und keine Spezialisten. Dafür soll der Lehrer / die Lehrerin als Bezugsperson = Klassenlehrer besser ausgebildet werden und die Bereitschaft entwickeln, die Funktion auch auszuüben.

**Kantonsrat Matthias Hauser trägt die Ergebnisse der Gruppenarbeit vor. Kantonsrat Samuel Ramseyer (links), Präsident der SVP-Bildungskommission, organisierte die Tagung.**

### Therapie- und Integrationskonzept

Zunächst die ebenfalls «alte» aber immer noch zeitgemässe Forderung, dass vor dem Eintritt in die Regelklasse ausreichende Deutschkenntnisse erarbeitet werden müssen. Die Klassen sollen möglichst homogen zusammengestellt werden, was ohne die Sek-C-Stufe nicht mehr möglich sein wird. Therapien und Stütz- und Förderunterricht soll grundsätzlich ausserhalb des Klassenzimmers durchgeführt werden. Die Klassenlehrpersonen sollen in ihrer Rolle als Bezugsperson gestärkt werden. Die notwendigen Hilfen sollen durch diese angeboten werden können. Dort wo das nicht möglich ist, sollen wiederum Kleinklassen geführt werden. Deren Lehrpersonen sind – das haben sie ausreichend bewiesen – in der Lage, erfolgreich auf verschiedenste Problemstellungen zu reagieren und das zum Wohle der Kinder.

Es liegt nun an den Kantonsräten, die sich der Bildungspolitik verschrieben haben, mit entsprechenden Vorstössen (Parlamentarische Initiativen und Motionen) die gewünschten Änderungen herbeizuführen. Dazu wünsche ich die notwendige Kraft und Energie!

## EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

### *Michael Hermann*

| | |
|---|---|
| ***Alter:*** | *45 Jahre* |
| ***Beruf:*** | *Kaufmännischer Angestellter Versicherungsberater* |
| ***Gemeinde:*** | *Oetwil am See* |

***Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?***
*– Parteimitglied April 2006*
*– Wahl in den Vorstand 2007*
*– Wahl zum Sektionspräsidenten 2009*
*Meine politische Meinung entsprach schon lange der SVP-Linie. Nach dem Umzug nach Oetwil am See, wollte ich mich auch bei lokalen Anliegen einbringen können. Der Beitritt war dann die logische Konsequenz. Die SVP ist für mich die einzige Partei der Schweiz, die Probleme beim Namen nennt und nach wirklichen Lösungen sucht.*

***Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?***
*Indem ich die Parteimitglieder auf die Wichtigkeit, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen, motiviere. Zudem versuche ich, möglichst viele Veranstaltungen und Seminare zu besuchen, um aktiv am politischen Geschehen auch ausserhalb von Oetwil am See teilzunehmen. Zusammen mit dem Parteivorstand organisiere ich interessante Veranstaltungen für unsere Mitglieder.*
*Der Kameradschaft innerhalb der Partei messe ich einen grossen Stellenwert bei.*

***Was wünschen Sie sich für die Schweiz?***
*Für die hart erarbeiteten Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu kämpfen, auch wenn immer mehr Druck von aussen auf unser Land und unseren Wohlstand ausgeübt wird.*
*Dass unsere Firmen gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen werden.*
*Dass nicht in Projekte investiert wird, deren Nutzen zweifelhaft sind.*
*Strenges Vorgehen bei Sozialmissbrauch.*
*Effizienter Einsatz der vorhandenen Mittel.*
*Kein Beitritt zur EU.*
*Ausgewogene Berichterstattung der Medien.*

***Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?***
*Ueli Maurer, der sich nicht durch das permanente Auftreten in allen möglichen Medien und auf Reisen um die Welt profilieren muss.*
*Er ist und bleibt ein ehrlicher, aufrechter «Chrampfer» und kommt aus diesem Grund auch bei der Basis sehr gut an. An seinem Auftritt vom 7. April in Meilen konnte man sich von seiner Schlagfertigkeit, seinem Humor und vom seinem in kurzer Zeit angeeigneten VBS-Fachwissen überzeugen.*

***Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?***
*Innerhalb der Partei: Steigerung der Mitgliederzahl der Sektion Oetwil am See.*
*Ansprechen und Einbinden der Zielgruppe der 18- bis 45-Jährigen.*
*Ein erfolgreiches Abschneiden bei den Gemeindewahlen.*
*Geschäftlich: Permanente Weiterbildung.*
*Privat: Die geringe Freizeit sinnvoll nutzen, gesund und glücklich zu bleiben.*

## LESERBRIEFE

### Steuermilliarden – wie viel Staat braucht die Wirtschaft?

Wir sind mitten in einer Restrukturierung der Wirtschaft. Die Zeit der horrend bezahlten Dienstleistungen ist endgültig vorbei. Leistung und echte Wertschöpfung werden in Zukunft unsere Gesellschaft wieder prägen müssen. Das Bestreben, besser zu sein als die anderen Anbieter und wahre Leistungen zu verkaufen, das muss unser Ziel sein. Blenden wir eine kurze Zeit zurück. Da gab es IT-Firmen, die über Nacht aus dem Nichts Dutzende von Millionen wert waren. Womit den? Mit einem Programm oder System mit neuen Strukturen, mit dem man in Zukunft am Markt möglichst schnell Leader werden wollte. Man bedenke nur, was vor wenigen Jahren auf dem internationalen Parkett für die sog. «letzte Meile» geboten wurde – Milliarden – wofür und wer spricht heute noch davon? Ich will mich auch nicht weiter zum Kurs von Wertpapieren äussern. Einfach so viel: Der Wortteil «Papier» ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Begriffes.

Das Problem unserer Gesellschaft ist doch: Wer macht unsere Wirtschaft wieder flott, nachdem urschweizerische Produktionen aus finanziellen Überlegungen ins Ausland verkauft wurden? Namhafte Teile unserer traditionellen Präzisionsindustrie sind ins Ausland verkauft worden. Das jahrelang erarbeitete Know-how ist weg und wird in der Schweiz nicht weiter entwickelt. Wir sind eine Nation von Dienstleistern geworden. In der Stadt Zürich sind das sogar fast 90 Prozent der Arbeitsplätze. Jetzt kommt der Staat und will mit Steuergeldern die Wirtschaft ankurbeln. Anstatt die unsinnige Flut von Gesetzen und Vorschriften in den KMU-Betrieben vernünftig zu reduzieren und den Verwaltungsapparat wieder auf eine angemessene Grösse zu bringen, wird genau das Gegenteil stattfinden. Diese staatlichen Massnahmen müssen auch ordentlich verwaltet werden. Das heisst, wo Steuergelder fliessen, werden auch Beamte darüber wachen, wie und wofür an wen bezahlt und gefördert wird. Die Zukunftsaussicht auf eine staatlich gesteuerte Marktwirtschaft, wie damals der 5-Jahres-Plan in der ehemaligen DDR und anderen sozialistischen Staaten, kann nicht das Ziel sein! Wenn der Staat mit seinen Beamten die freie Marktwirtschaft in die Finger nimmt, hat das bisher in der Geschichte noch nie zum Erfolg geführt. Die Zügel des Staates müssen im Bereich Vorschriften massiv gelockert werden, damit die Innovation und der freie Gestaltungsraum (sprich Arbeitsalltag) wieder Luft hat, sich seinen fachlichen Aufgaben zu widmen. Der gläserne Bürger kann nicht die Zukunft sein – wir haben schon mehr als genug Kontrollen in unserem Arbeitsalltag und im privaten Bereich. Schlussendlich gilt immer noch: «Der Staat ist für den Bürger da und nicht der Bürger für den Staat!»

Paul Kleger, Zürich

### Steinbrück (D) – Merz (CH) 1:0

Nach ein paar Wochen Trommelfeuer des arroganten deutschen Finanzministers war es soweit. Der sichtlich überforderte Bundespräsident Merz erklärte kleinlaut, unser vorher nicht verhandelbares Bankgeheimnis werde «angepasst» und «entwickelt». Im Klartext, es wird nach ausländischen Vorgaben umgestaltet. Das 2004 zwischen der EU und der Schweiz abgeschlossene Zinsbesteuerungsabkommen wurde bedeutungslos, da es Steinbrück «nicht interessiert». Warum aber wählte der garstige Deutsche ausgerechnet die «Steueroase» Schweiz als Ziel seiner gehässigen Attacken? Warum waren die britischen Kanalinseln und die amerikanischen Steueroasen nicht auf der Schwarzen Liste der OECD? Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen: Steinbrück ist nur die verbale Speerspitze einer unheiligen Allianz (Obama, Sarkozy, Merkel und Brown). Deren Ziel ist es, den Finanzplatz Schweiz (als unliebsamen Konkurrenten ihrer Finanzplätze) nach Möglichkeit zu schwächen. Steinbrück hat sich logischerweise im Kampf gegen das Bankgeheimnis das diplomatisch schwächste Land ausgesucht. Denn unsere Politik gegenüber dem Ausland und den internationalen Organisationen ist zunehmend von Unterwürfigkeit, Anbiederung und Nachgiebigkeit gegenüber Erpressungen geprägt. Als folgerichtige Konsequenz sind wir ein leichtes Opfer für ausländische Begehrlichkeiten. Behandelt werden wird nach Regeln, die unsere Gegner festlegen. Es überrascht deshalb nicht, dass Steinbrück als Gipfel der Frechheit von der Schweiz auch noch 2 Milliarden Euro fordert! Falls bezahlt wird – was in Anbetracht der Naivität unserer Landesregierung nicht ganz auszuschliessen ist – würde Steinbrück vermutlich postwendend das Doppelte fordern.

Otto Weiersmüller, Uetikon

## In den Bezirksrat

### Schnell Luchsinger

Der links dominierte Stadtrat braucht einen unabhängigen Bezirksrat als starkes Kontrollgremium. Monique Schnell Luchsinger ist eine unabhängige und erfahrene Juristin. Sie ist der Garant dafür, dass der Bezirksrat nicht auch noch links politisiert. Wählen Sie deshalb am 17. Mai Monique Schnell Luchsinger in den Bezirksrat.

IG qualifizierte Behörden

L. Kalberer
zur Breite CH-9554 Tägerschen
Für meine Kundschaft suche ich laufend diverse
Einfamilienhäuser, Bauernhäuser, Umbau-Objekte und Bauland
www.kalberer-immobilien.ch
Tel. 071 917 11 20
Fax 071 917 13 78

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ Tel. 055 251 41 41 ▸ info@mrzo.ch
MR Maschinenring

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit SVP

## Die SVP Elgg lädt zu einer Firmenbesichtigung ein

procamed Cardiac Medical Systems

**Wir treffen uns am**
**Montag, 4. Mai 2009, um 20 Uhr**
**an der Kellerhofstrasse 11 in 8353 Elgg**
(Parkplätze sind genügend vorhanden)

Jedermann ist herzlich eingeladen zum Besuch eines Unternehmens, das sich zwar am Rande von Elgg befindet, das aber mitten im Leben steht. Dort werden Geräte produziert, die für unser Leben – unser Herz – buchstäblich lebensrettend sein können.

Nutzen Sie diese Gelegenheit und erfahren Sie, wie Defibrillatoren produziert werden und wie ein Herz wieder zum Schlagen animiert werden kann.

Nach dem Rundgang treffen wir uns – wer will – in unserem Stammlokal Restaurant Eintracht Elgg.

**Kontakte:**
info@svp-elgg.ch
oder 079 404 40 58
Webseite www.svp-elgg.ch

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit SVP

## Erfolgreiche Wahlen 2010/11 Wahlkampftagung

In Krisensituationen steigt das Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität. In Krisen sind überzeugende Lösungen und bewährte Fachleute gefragt. Genau darauf baut die Politik der SVP – und darum sind auch die Wahlen 2010/11 so wichtig.
Informieren Sie sich aus erster Hand: Unsere Referenten wissen, wovon sie sprechen. An unserer Wahlkampftagung stellen wir zudem verschiedene Grundlagen vor, welche die Kantonalpartei den Sektionen für den Wahlkampf zur Verfügung stellt.

| | |
|---|---|
| Datum: | Samstag, 6. Juni 2009 |
| Türöffnung: | 08.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli |
| Beginn: | 09.00 Uhr |
| Ende: | 13.00 Uhr |
| Ort: | Restaurant Rössli Illnau, Kemptthalstrasse 52, 8308 Illnau |

Programm:
Die Bedeutung der Wahlen für die SVP
*Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident*

Parteiprogramm und Wahlkampfthemen der SVP
*Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident der Programmkommission*

Die Aufgaben der Orts- und Bezirksparteien im Wahlkampf
*Gregor A. Rutz, Präsident der Wahlkommission*

Unterstützung der Ortssektionen durch die Kantonalpartei:

Grafische Vorlagen, Gestaltungsmanual und Wahlmaterial
*Alexander Segert, Geschäftsführer GOAL AG für Werbung und PR*

Internet-Kommunikation – aber wie?
*Cyrill Wyss, Geschäftsführer BfK Mediendienste, Wohlen AG*

Erfahrungen und Tipps für den Wahlkampf
*Nationalrätin Natalie Rickli, Medienspezialistin*

Im Anschluss: Diskussionsrunde / Fragen

### Anmeldetalon für die Teilnahme an der Programmtagung vom 6. Juni 2009

☐ Ich melde mich für die Programmtagung an.
☐ Wir melden uns für die Programmtagung an: _____ Anzahl Personen.

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Telefon: E-Mail:

Bitte retournieren an:
**SVP-Sekretariat**
**Nüschelerstrasse 35,**
**8001 Zürich**
**per Fax 044 217 77 65**
**oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch**

LINKE VERHINDERUNGSPOLITIK MUSS AUFHÖREN

# Verkehrspolitik zugunsten der Bevölkerung

**Die SVP des Kantons Zürich vertritt seit Jahren eine Politik der Bewältigung des Verkehrs statt der Blockade. Dies unterscheidet uns wesentlich von den linken Parteien, welche mit ihrer dogmatischen Verhinderungspolitik Zehntausende von Anwohnerinnen und Anwohner dem Verkehrslärm aussetzen.**

NATIONALRAT
ALFRED HEER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP KANTON ZÜRICH

Gerade das Beispiel der Westumfahrung hat gezeigt, dass den Grünen und den Linken die Entlastung der Stadt Zürich egal war.

Im Gegenteil: Mit jahrelangen Einsprachen hat man einen zügigen Bau der Westumfahrung erfolgreich verzögert.

Das Resultat dieser Verhinderungspolitik führte zu einer Minderung der Lebensqualität, zum Wegzug von Familien und zur teilweisen Gettoisierung von Stadtquartieren.

### Verlogene Politik von Links/Grün

Links/Grün befürwortet die Personenfreizügigkeit sowie die Aufnahme von Flüchtlingen, egal ob an Leib und Leben verfolgt oder nicht. Dass eine Zuwanderung und das damit verbunden Bevölkerungswachstum zu mehr Verkehr führt, welcher bewältigt werden muss, wollen die Linken und die Grünen jedoch nicht einsehen.

Links/Grün befürwortete die Aufgabe der 28-Tonnen-Limite, damit man der EU gefallen konnte. Das Resultat ist bekannt: Der Transitverkehr hat zugenommen, obwohl man natürlich vor der Aufhebung das Gegenteil behauptet hat.

Im Gegensatz zur roten Verhinderungspolitik ist die SVP bereit, die Bevölkerung mittels Umfahrungsstrassen zu entlasten. Dazu zählt auch, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollumfänglich dem Strassenverkehr zugute kommen sollen, damit die notwendigen Ausbauten ermöglicht werden können. Eine entsprechende Parlamentarische Initiative wurde in der vergangenen Session im Parlament eingereicht.

### Kanton muss Hoheit über wichtige Verkehrsachsen haben

Die Hoheit über das kantonale Strassennetz innerhalb der Stadt Zürich muss vom Kanton zurückgewonnen werden.

Wir stellen heute fest, dass die Stadt Zürich den Individualverkehr schikaniert. Aktuelles Beispiel sind die umfangreichen Bauarbeiten u.a. am Zeltweg. Es darf nicht toleriert werden, dass enorme Staus am Bellevue und im Seefeld entstehen, nur weil die Stadt an wichtigen Achsen «herumwerkelt». Diese linke Obstruktionspolitik muss aufhören.

Der Stadtrat entlastet die Stadt mit dieser Obstruktionspolitik nicht, sondern fördert das Chaos und die Belastung für Anwohner und Autofahrer gleichermassen.

### Strassenverkehr und öffentlicher Verkehr stehen nicht im Widerspruch

Die SVP vertritt die Ansicht, dass auch der öffentliche Verkehr seine Berechtigung im Kanton Zürich hat. Die Durchmesserlinie ist fertigzustellen und der Bund hat endlich die Finanzierung zu sichern. Die SVP ist irritiert, dass der Bund die Bahnlinie von Lindau nach München mit 50 Mio. Euro vorfinanziert und offensichtlich zu wenig Mittel hat, um die Durchmesserlinie zu finanzieren.

Es ist eine Tatsache, dass der öffentliche Verkehr massiv subventioniert und vom Strassenverkehr quersubventioniert wird. Der öffentliche Verkehr soll deshalb dort gefördert werden, wo eine Nachfrage vorhanden ist. Tramlinien zu jeder Hausnummer wird die SVP aber auch in Zukunft ablehnen.

Der Ausbau des ÖV darf nicht zu Lasten des Individualverkehrs erfolgen, sondern beide Verkehrsträger sollen sich ergänzen. Finanziell heisst dies, dass die Quersubventionierungen gebremst werden müssen. Bauliche Einschränkungen des Individualverkehrs zu Lasten des ÖV sind zu vermeiden.

WEITERE INVESTITIONEN IN DEN INDIVIDUALVERKEHR NÖTIG

# Dank der SVP wird Zürich endlich vom Durchgangsverkehr entlastet

**Am kommenden Wochenende wird mit dem Uetlibergtunnel eine Umfahrung für Zürich eröffnet. Diese hätte bereits vor 10 Jahren eröffnet werden können. Doch die Stadt Zürich sowie zahlreiche Politiker aus dem rot/grünen Spektrum rekurrierten bis vor Bundesgericht gegen diesen Tunnel – zum Glück erfolglos.**

GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF SVP
ZÜRICH

Nach einem Augenschein der unerträglichen Verkehrssituation in Zürich gaben die Bundesrichter schlussendlich grünes Licht für den Bau der Westumfahrung. Ginge es nach den Ideen von Rot/Grün, müssten sich noch heute Transitlastwagen und Autos den Weg durch die Stadt Zürich erkämpfen. Dieselben rot/grünen Politiker, welche dazumal die Umfahrung mit allen Mitteln bekämpften, nennen die Westumfahrung von Zürich heute als ihr Werk und feierten dieses in einem teuren Festakt.

### Schnelle Realisierung des Stadt- und Waidhaldentunnels

Unmittelbar nach der Eröffnung vom kommenden Montag werden in Zürich flankierende Massnahmen installiert. Tempo-30-Zonen werden eingeführt. Die Bewohner der Sihlfeld- und der Weststrasse sind sicherlich dankbar. Doch was ist mit der Seebahnstrasse? Oder der Hohlstrasse? An diesen Orten gibt es kaum eine Entlastung. Der Verkehr wird in Zürich nicht verschwinden. Der Uetlibergtunnel alleine ist nicht die Lösung aller Verkehrsprobleme. Die offizielle Stadt Zürich muss jetzt Hand bieten für eine schnelle Realisierung eines Stadt- und Waidhaldentunnels. Nur so können auch jene Bewohner aufatmen, welchen die Eröffnung der Westumfahrung keine Entlastung bringt. In der Stadt Zürich sind hervorragende Arbeitsplätze vorhanden. Auch die Einkaufsmöglichkeiten sind gut. Dadurch lockt die Stadt etliche Pendler an, welche dem Detailhandel gute Umsätze garantieren. Die Realität zeigt, dass eine beträchtliche Anzahl Leute für ihren Einkauf das Auto benützen wollen. Entsprechend müssen bezahlbare Parkplätze geschaffen und bereitgestellt werden. Künstliche Staus, wie etwa jeden Vormittag entlang der Einfallsachse am rechten Seeufer, sind möglichst zu vermeiden. Dass sich die Pressestelle der Stadtpolizei über dieses Ärgernis in einer Medienmitteilung lustig macht, ist zu verurteilen und zeigt deutlich die Mentalität unserer Stadtregierung.

### Verflüssigung des Verkehrs nötig

Instandstellungen an Hauptverkehrsachsen sind in möglichst kurzer Zeit durchzuführen. Hier muss zwingend in mehreren Schichten rund um die Uhr gearbeitet werden. Bei grundlegenden Sanierungen sind künstliche Verengungen von Strassen zu vermeiden. Beispielsweise baut die Stadt Zürich Bushaltestellen extra in den Verkehrsfluss von Strassen hinein, um so künstliche Staus zu verursachen.

Zum Wohle unserer Bevölkerung und den Gewerbetreibenden muss der Verkehr, der nicht zwingend in die Stadt hinein muss, um die Stadt beziehungsweise unter der Stadt hindurchgeführt werden. Dem Verkehr, der in unsere Stadt hinein will oder muss, müssen flüssige Wege bereitgestellt werden. Staus dienen weder den Anwohnern noch den Fussgängern entlang solcher Strassen noch den Personen in den entsprechenden Fahrzeugen. Die SVP wird sich auch in Zukunft weiterhin mit aller Kraft für eine Verflüssigung des Verkehrs einsetzen, während rot/grün auf Verhinderung setzt.

WEITERE AUSBAUSCHRITTE IM KANTON ZÜRICH UNUMGÄNGLICH

# Verkehr bewältigen statt verwalten

**Bis heute fehlt eine durchgehende Umfahrung für die Stadt Zürich. Mit der Eröffnung der Westumfahrung wird in den nächsten Tagen lediglich ein weiteres Teilstück des Umfahrungsrings in Betrieb genommen. Die linke und grüne Politik der Verhinderung ist verantwortlich, dass im Kanton Zürich zwingende Ausbauschritte für zukünftige Generationen bisher verunmöglicht wurden**

KANTONSRAT
HANS FREI
FRAKTIONSCHEF SVP
WATT-REGENSDORF

Mit der Eröffnung der Westumfahrung von Zürich, wird rund 10 km Autobahn in Betrieb genommen. Dieser Autobahnabschnitt wurde am vergangenen Wochenende mit einem riesigen Volksfest gefeiert. Der «Züri-Marathon» durch den neuen Uetlibergtunnel bildete einen sportlichen Höhepunkt. 42,5 Kilometer mussten die über 5000 Läuferinnen und Läufer absolvieren.

Der Endausbau der Umfahrung von Zürich inklusive Stadttunnel entspricht ziemlich genau der legendären Marathonstrecke. Da diese Festivitäten eher der durchgehenden Fertigstellung der Umfahrung von Zürich entsprochen haben, hätte der Marathon exakt auf der heute gebauten und geplanten Umfahrungsstrasse von Zürich durchgeführt werden können. Der vollständige Umfahrungsring umfasst ca. 42 km Autobahn, davon können ab dem 4. Mai 2009 32 km in Betrieb genommen werden. Die ausstehenden 10 km werden das Umfahrungsbauwerk noch über Jahrzehnte verkehrstechnisch und operativ unvollständig erschliessen und die innerstädtische Siedlungsqualität nachhaltig benachteiligen.

### Verkehrsverlagerungen als Folge

Mit der Eröffnung am 4. Mai werden zusätzliche Verkehrsströme ins Limmattal und Glattal fliessen. Die Eröffnung der Verbindung durch das Knonaueramt werden die Talschaften rund um Zürich endgültig zum Überlaufen bringen. Die Verkehrsverbindungen durch die Stadt müssen aus diesen Umständen zwingend offen gehalten werden.

Die SVP hat vor diesen unaufhaltsamen Entwicklungen gewarnt und die Entflechtung der Verkehrsströme durch Siedlungsgebiete durch den Ausbau von Umfahrungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die desolate Verkehrspolitik um den Individualverkehr ist das Ergebnis einer fundamentalen, linken und grünen Verhinderungspolitik. Strassenprojekte wurden, im Gegensatz zu den Projekten des öffentlichen Verkehrs, von diesen Kreisen konsequent verurteilt und disqualifiziert.

Nur ein Umfahrungsring kann sicherstellen, dass der innerstädtische Verkehr konsequent abgeleitet, bei erhöhtem Verkehrsaufkommen oder im Störfall gezielt steuerbar und umgeleitet werden kann. Diese Erkenntnis gilt nicht nur für die Stadt Zürich, sondern auch für Winterthur.

### Aktuelle Ausbauprojekte im Verkehrsrichtplan aufgenommen

Im Verkehrsrichtplan des Kantons Zürich konnten die wichtigsten Projekte – auch gegen den erbitterten Widerstand der linken und grünen Parteien – behördenverbindlich aufgenommen werden. Das Siedlungsgebiet wird mit dem ÖV erschlossen, der motorisierte Individualverkehr wird auf Umfahrungsstrassen geleitet.

Mit dem Prüfungsbericht des Bundes wurde die Planung des Stadttunnels und somit die vollständige Realisierung der Umfahrung von Zürich genehmigt. Weitere Schlüsselobjekte wurden vom Bundesrat genehmigt, die Oberlandautobahn, die Zusammenführung der Autobahnen im Glattal (A1, A20, A51, A53), der Hirzeltunnel, die A4 durch das Weinland, um nur die wichtigsten aufzuführen.

### Zwingende Ausbauschritte für zukünftige Generationen

Die kommende Generation wird mit Sicherheit die individuelle Mobilität umweltbewusster nutzen, mit Sicherheit aber nicht darauf verzichten. Jede Prognose von Verkehrsplanern bestätigt, dass mit einem optimalen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Individualverkehr in unserem Kanton zunehmen wird. Diese Entwicklung ist weniger abhängig vom wirtschaftlichen Wachstum als von der kontinuierlichen Bevölkerungsentwicklung.

### Die Forderungen der SVP-Kantonsratsfraktion

1. Ausbau Gubrist, Spurausbau bis Seebach.
2. Durchgehende Umfahrung für Zürich, Realisierung des Stadttunnels.
3. Entlastung des Glattals, Zusammenschluss der Autobahnen A1, A20, A51, A53.
4. Aufnahme und Zusammenschluss der Oberlandautobahn.
5. Hirzeltunnel.
6. Südostumfahrung Winterthur.

Der Regierungsrat hat sich mit Nachdruck beim Bund, für die Realisierung dieser Projekte einzusetzen. Die behördenverbindlichen Voraussetzungen wurden mit dem Beschluss zum Verkehrsrichtplan vom 26. März 2007 geschaffen, der Bundesrat hat diese Projekte in seinem Prüfbericht vom 14. Mai 2008 grundsätzlich genehmigt oder als Zwischenergebnis gutgeheissen. Keines dieser im Richtplan aufgenommenen Projekte wurde abgelehnt. Die beförderlichste Behandlung dieser Projekte ist unumgänglich.

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit SVP

## SVP-Studentenlunch

Liebe Mitstudierende der UNI und der ETH

Seid ihr auch **Sympathisanten** der SVP?

Am 7. Mai 2009 treffen wir uns um 12.15 Uhr mit **Toni Brunner** zu einem gemütlichen Mittagslunch im Restaurant Oberhof (Zürichbergstrasse 24, 8032 Zürich). Es würde uns freuen, wenn Ihr auch dabei seid.

Eine Anmeldung ist bis spätestens 5. Mai 2009 unter studentenlunch@gmx.ch erforderlich.

Wir freuen uns auf ein zahlreiches Erscheinen

(Kosten: Mittagessen inkl. Apéro Fr. 28)

**Michael Lüdi** (SVP Oberengadin), **Tiziano Foiera** (SVP Küsnacht), **Patric Eggler** (SVP Stadt Zürich)

## Fadegrad

### *Wirtschaftskrise?*

VON ROLF A. SIEGENTHALER

*Bei uns herrscht die Wirtschaftskrise. Sie ist in aller Munde. Aber, haben Sie das Gefühl, im öffentlichen Leben sei eine Änderung eingetreten? Mir scheint, es sei noch nicht allen klar, dass wir weniger Geld haben. Dabei sind die Zahlen eindrücklich. Nur schon die UBS schreibt im ersten Quartal des laufenden Jahres 2 Milliarden Franken ab und entlässt weltweit mehr als 8000 Mitarbeiter, etwa 1200 davon in der Schweiz. Zürich dürfte davon massiv betroffen sein. Die öffentliche Hand hat die Folgen zu spüren gekriegt. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind um 413 Millionen zurückgegangen und führen zu einem Defizit in der Rechnung von 179 Millionen Franken, bei einem erwarteten Gewinn von 58 Millionen. Die Stadt weist zwar noch immer Eigenkapital aus, verschweigt dabei aber ihre Schuld gegenüber der eigenen Pensionskasse. Warum eigentlich entlässt die UBS Personal? Antwort: Sie senkt ihre Fixkosten. Die Löhne müssen vom Arbeitgeber bezahlt werden, ob das Geschäft gut läuft oder schlecht. Die Privatwirtschaft folgt mit ihren Anstellungen dem Geschäftsgang. Bei der öffentlichen Hand ist das anders. Die Personalkosten steigen jährlich an. Im Jahr 2008 betrugen sie für die Stadt Zürich 2,34 Milliarden Franken. Die Steuereinnahmen betrugen im gleichen Zeitraum 2,12 Milliarden. Das heisst, die Steuereinnahmen reichen nicht aus, um die Personalkosten zu decken. Die Stadt hat 18 781 Stellen. Im Vorjahr waren es 18 623; Zunahme: 158 Stellen. So geht das jedes Jahr, wobei das Jahr 2008 einen geringeren Zuwachs zeigte als die Vorjahre. Selbstverständlich wäre es nicht sinnvoll, wenn die Stadt Leute entliesse. Anderseits kann es nicht sein, dass am Schluss alle beim Staat arbeiten. Nehmen die staatlichen Aufgaben ständig zu oder widerspiegelt das Wachstum die natürliche Entwicklung des Menschen? Muss alles immer grösser werden, um gut zu sein und folgt die Stadtverwaltung dieser Logik? Ja, das ist tatsächlich so. Verschiedene Studien haben die Wachstumstendenz von Verwaltungseinheiten nachgewiesen. Übrigens gilt dieser Grundsatz nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern auch für die Administration in Grossbetrieben. Wie die Obstbäume in der kalten Jahreszeit zurückgeschnitten werden müssen, damit sie im Folgejahr gut tragen, wird in Krisen überprüft, welche Tätigkeiten in der Privatwirtschaft rentabel sind und welche nicht. Die Betriebe richten sich auf ihre Kerngeschäfte aus, damit sie später wieder wachsen können – mithin Stellen schaffen. Der Staat wird immer teurer, auch weil immer mehr Leute dort arbeiten. Die Kosten – das strukturelle Defizit – müssen von den Bürgern und Betrieben getragen werden, unabhängig davon, ob es ihnen gut geht oder nicht. Es ist ausgesprochen vernünftig, wenn wir vom Staat verlangen, nicht hemmungslos auszuufern.*

ZWEITER WAHLGANG FÜR DEN ZÜRCHER BEZIRKSRAT

# «Der links dominierte Stadtrat braucht eine unabhängige Kontrollinstanz!»

**Am 17. Mai kommt es zum zweiten Wahlgang für den Zürcher Bezirksrat. Nebst dem offiziellen grünen Kandidaten, der von der Interparteilichen Konferenz (IPK) gemäss Parteienproporz nominiert wurde, stellt sich mit der Juristin Monique Schnell Luchsinger eine ernst zunehmende Gegenkandidatin zur Wahl. Zum zweiten Wahlgang kommt es, weil der bisherige SP-Bezirksrat Hartmuth Attenhofer zum Statthalter, das heisst zum Bezirksratspräsidenten gewählt wurde. Der «Zürcher Bote» befragte Frau Luchsinger über die Motive für ihre Kandidatur.**

*Zürcher Bote: Frau Luchsinger, die interparteiliche Konferenz hat sich auf die Nomination des grünen Kandidaten Mathis Kläntschi geeinigt. Bevor wir auf Ihre Kandidatur zu sprechen kommen die Frage an Sie: Was ist die Aufgabe des Bezirksrates? Wieso kandidieren Sie trotzdem?*

Monique Schnell Luchsinger: Der Bezirksrat ist eines der wichtigsten Gremien in der Stadt Zürich. Zentrale Aufgabe des Bezirksrates ist es, die Stadt Zürich und ihre Behörden zu kontrollieren und darauf zu achten, dass zum Beispiel Stadtrat und die Stadtverwaltung mit ihrem Handeln die geltenden Gesetze einhalten und ihren Pflichten nachkommen. Daneben ist der Bezirksrat aber auch als Rekursinstanz tätig. Das Tätigkeitsgebiet ist sehr breit und geht von der Beurteilung von Wassertarifen über die Lohngleichheit bis zur Sozialhilfe usw.

*Zürcher Bote: Der Bezirksrat scheint ja zu funktionieren. Wieso kandidieren Sie nun trotzdem für dieses Gremium?*

Monique Schnell Luchsinger: Um seine Kontrollfunktion wahrnehmen zu können, muss der Bezirksrat unabhängig sein. Nach der Wahl des SP-Bezirksrates Hartmuth Attenhofer zum Bezirksratspräsidenten und der Kandidatur des grünen Mathis Kläntschi laufen wir nun Gefahr, dass der Bezirksrat ebenso wie der Stadtrat links dominiert ist. Das ist mir zu einseitig. Damit der Bezirksrat weiterhin unabhängig und damit frei in seinen Entscheiden

Monique Schnell Luchsinger

bleibt, habe ich mich für eine Kandidatur entschieden.

*Zürcher Bote: Sie bezweifeln, dass der Bezirksrat mit einer links-grünen Mehrheit weiterhin ein kritisches Kontrollorgan des Stadtrates sein wird?*

Monique Schnell Luchsinger: Ich will zumindest eine echte Alternative bieten, damit sich die Frage gar nicht erst stellt. Ausserdem bringe ich als Juristin mit Gerichts- und Verwaltungserfahrung das nötige Fachwissen für dieses Amt mit. Als geborene Stadtzürcherin, die ihre Stadt liebt und gern hier arbeitet, bin ich zudem daran interessiert, dass die städtischen Gremien und die Verwaltung gut funktionieren.

*Zürcher Bote: Warum?*

Monique Schnell Luchsinger: Auf unsere Stadt kommen grosse Probleme zu. Denken Sie an die Finanz- und Wirtschaftskrise. Man muss kein Hellseher sein, um zu sagen, dass mit diesen Krisen zu grossen Belastungen für die Stadt – sei es im Hinblick auf die städtischen Finanzen, sei es im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit oder sei es im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit – kommen wird. Um diese Krisen meistern zu können, müssen wir funktionierende, unabhängige und freie Kontrollgremien haben. Im Klartext heisst das: Ich will unseren Behörden den Rücken stärken, wo es nötig ist, und dort eingreifen, wo etwas aus dem Ruder zu laufen droht.

*Zürcher Bote: Und wie ordnen Sie sich politisch ein?*

Monique Schnell Luchsinger: Ich bin davon überzeugt, dass es beim Bezirksrat als ein unabhängiges und juristisches Fachgremium nicht primär um das Parteibuch gehen sollte, sondern in erster Linie um die Qualifikation sowie um den Willen und den Mut, unabhängig und frei zu entscheiden. Ich selber gehöre keiner Partei an, würde mich aber als bürgerlich denkende Person beschreiben.

*Zürcher Bote: Und wo liegen Ihre persönlichen Stärken und Qualifikationen für das Amt des Bezirksrates?*

Als Juristin bin ich es gewohnt, mich schnell und umfassend in neue Gebiete einzuarbeiten und aufgrund der geltenden Gesetze einen tragfähigen Entscheid zu fällen. Ich denke, gerade in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, sachlich zu bleiben und das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden zu stärken.

## Wahl- und Abstimmungsparolen Stadt Zürich vom 17. Mai 2009

### Abstimmungsvorlagen

1. Privater Gestaltungsplan Edisonstrasse, Zürich Oerlikon — **JA**
2. Rahmenkredit von 200 Mio. Franken zur Realisierung von Windenergieanlagen — **NEIN**
3. Altersheim Dorflinde, Kauf und Integration von Alterswohnungen der Stiftung Alterswohnungen (SAW) ins Altersheim Dorflinde sowie Instandsetzung der Gebäude, Objektkredit von 27,3 Mio. Franken — **JA**

### Wahlen

1. Erneuerungswahl eines Mitglieds des Bezirksrats Zürich für die Amtsdauer 2009 bis 2013 — **Mathis Kläntschi**
2. Kreisschulpflege Letzi, Ersatzwahl eines Mitglieds — **Margrit Haller**
3. Kreisschulpflege Schwamendingen, Ersatzwahl eines Mitglieds — **Bruno Gruber**
4. Kreisschulpflege Waidberg, Ersatzwahl eines Mitglieds — **Rita Habegger**
5. Kreisschulpflege Zürichberg, Ersatzwahl von zwei Mitgliedern — **Walter Anken**, **Markus (Marco) Gitermann**

WINTERTHURER STADTRATS- UND GEMEINDERATSWAHLEN 2010

# Unser Winterthur – mein Zuhause

**Die Wahlkommission der SVP der Stadt Winterthur hat nach ausgiebiger, sachlicher Diskussion beschlossen, mit einer Einerkandidatur in den Stadtratswahlkampf zu steigen. Die SVP ist überzeugt, dass es ihr gelingen wird, mit Kantonsrat Daniel Oswald in die Stadtregierung zurückzukehren.**

THOMAS VAS
WAHLKOMMISSIONSPRÄSIDENT
SVP STADT WINTERTHUR

Die Wahlkommission der SVP der Stadt Winterthur hat der Parteiversammlung vom 29. Januar 2009 mit René Isler und Daniel Oswald zwei erfahrene und ausgewiesene Kantonsräte zur Wahl vorgeschlagen. Gewählt wurde nach engagierter Diskussion der Präsident der SVP Winterthur, Kantonsrat Daniel Oswald.

**Sieg für die SVP!**

Wir können im Frühling 2010 den Wahlkampf gewinnen, und die SVP wird mit Daniel Oswald in die Stadtregierung zurückkehren. Wieso bin ich so überzeugt davon? In der Nominationsbestätigung haben die anwesenden 76 Mitglieder mit 71 zu 5 Stimmen für Daniel Oswald gestimmt. Bei der vorausgegangenen Ausmarchung zwischen den beiden fähigen Kandidaten René Isler und Daniel Oswald obsiegte Daniel Oswald mit 43 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 37 Stimmen; Kantonsrat René Isler erhielt 29 Stimmen. Was mich zuversichtlich stimmt, dass wir in die Exekutive zurückkehren werden, sind die Geschlossenheit der Partei bei der Nominationsbestätigung sowie die faire Reaktion von René Isler nach der Wahl. René Isler hat eindrücklich dafür plädiert, geeint aufzutreten und geschlossen Daniel Oswald zu unterstützen. Nur gemeinsam und ohne Grabenkämpfe können und werden wir unser Ziel bei den anstehenden Wahlen erreichen.

**Breite Unterstützung für Daniel Oswald**

Obwohl Daniel Oswald auf die Unterstützung von Gewerbe, Wirtschaftsverbänden, Handelskammer, Cityvereinigung Junge Altstadt und Hauseigentümerverband zählen kann und auch von der CVP und FDP geschätzt und akzeptiert wird, braucht es für den Wahlkampf trotzdem den vollen Einsatz der SVP-Wähler und der SVP-Sympathisanten. Alle müssen sich für unser Ziel einsetzen! Persönliche Empfindlichkeiten haben zugunsten der Partei zurückzustehen.

**Werte der SVP überzeugt vertreten**

Mit der Parteiversammlung hat die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahlen 2010 begonnen. Wir werden mit 60 qualifizierten und motivierten Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten, die die politischen Anliegen der SVP begeistert und überzeugt vertreten, in den Wahlkampf steigen. Wir streben an, zusätzliche Sitze im Gemeinderat zu erlangen. Jede Gemeinderatskandidatin und jeder Gemeinderatskandidat sowie alle Mitglieder der SVP müssen sich bewusst sein: Man ist nicht einfach dabei, sondern es ist ein Privileg, Mitglied der Schweizerischen Volkspartei zu sein, denn die SVP ist die einzige Partei, die sich einsetzt für:

- eine eigenständige, unabhängige und neutrale Schweiz
- eine vielfältige, freie und weltoffene Schweiz
- mehr Geld für die Bürger durch weniger Steuern, Abgaben und Gebühren
- mehr Sicherheit durch Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus
- gegen Asylmissbrauch zugunsten echter Asylsuchender
- sichere Sozialwerke dank Kampf gegen Missbraucher
- für eine leistungsorientierte Bildungspolitik

Die SVP Winterthur setzt sich speziell ein für:

- eine sichere, saubere Stadt statt Vandalismus und Gewalt
- für sparsamen Umgang mit unseren Steuergeldern
- ein flüssiges Nebeneinander von öffentlichem und privatem Verkehr
- für fordernde und fördernde Schule

Darum dürfen wir stolz sein, bei der Lösung der brennenden Aufgaben Einfluss zu nehmen und mitzugestalten. Dies sind Gründe genug, um sich für die Anliegen der SVP einzusetzen. Als Gemeinderat haben Sie zusätzliche Möglichkeiten, Ihr Anliegen in die politischen Entscheidungen einzubringen. Ein Grund mehr, sich für ein Amt zur Verfügung zu stellen. Melden Sie sich bei Ihrer Sektionspräsidentin oder bei Ihrem Sektionspräsidenten! Es ist eine interessante und spannende Erfahrung, einen Wahlkampf zu bestreiten. Durch Medienpräsenz und durch Wahlveranstaltungen steigt der Bekanntheitsgrad jedes Kandidaten – ein Vorteil bei späteren Gemeinderats-, Kantonsrats- und Nationalratswahlen. Zusätzlich legen die meisten Wahlkämpfer rhetorisch zu, was ihnen in Zukunft in Politik und Beruf nützen wird. Darum machen Sie mit! Gehen Sie mit Freude und Begeisterung in den Wahlkampf.

Wir müssen uns bis zum letzten Tag im Abstimmungskampf engagieren. Der Wähleranteil muss weiter gesteigert werden. Die SVP Winterthur will und wird gestärkt aus diesem Wahlkampf hervorgehen.

**Die SVP Kreis 8 lädt ein zur:**

**Delegiertenversammlung**

**Gastreferent:**
NR Dr. Christoph Mörgeli

**Dienstag, 5. Mai 2009, 19.30 Uhr**
Im Restaurant Hegibach, Neumünsterstrasse 34, 8008 Zürich

Im Anschluss an die Versammlung
sind Sie zu einem kleinen Imbiss eingeladen.

Schweizer Qualität Sichere Zukunft in Freiheit SVP

# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

## ZU VERKAUFEN

**Kies vom Feinsten,** Kies, Sand, Splitt usw., günstig franko Baustelle. Tel. 079 673 03 41.

**Aebi TT 33,** Jg. 87, 2500 h, Busatis, Bandrechen, Doppelrad h., Heckhydraulik, gepflegter Zustand, ab Platz Fr. 15000.–, 052 385 16 40.

**Maissilage,** Werner Hofstetter, Rütihof, 8926 Kappel a. A.. Tel. 079 796 48 93.

**Roller Suzuki**, rot, 113 ccm, 6,5 kW, 10500 km, Führerschein A1, Fr. 1750.–, Tel. 078 880 37 85 (7.00–17.00 Uhr).

**Kleinballenladewagen Omas 104,** Fr. 4800.–; **Spritze Hardi 24 m,** Fr. 3000.–. www.schlossguet.com

**Hausräumung,** alles muss weg, Samstag, 25. April und 2. Mai 2009, 9.00–16.00 Uhr, Spittelstrasse 14, 8712 Stäfa (vis-à-vis Activ Fitness), E. Invernizzi, Isenacher 2, 8712 Stäfa, Tel. 044 926 68 42.

**Lastwagenanhänger,** 4-Rad, hydr. gebremst, guter Zustand, JF-Mähwerk mit Aufbereiter gezogen mit Trommeln 2.80 b.; **Gemüsewaschmaschine; Silopressen,** ø 3 m, 2 St.; **Kraftfuttersilo aus Metall,** 12 m³.
M. und C. Röthlisberger, Rigiblickstrasse 1, 8934 Knonau, Tel. 079 778 68 25.

**HUBER-Silo**, rehbraun, 2 St. à 80 m³, Jg. 1997, 1 St. à 100 m³, rev. 2001, alle ø 3,5 m, Martin Vogt, Buch, 8542 Wiesendangen, Tel. 052 337 12 13.

**Wohnwagen,** auf Camping Triesen FL, mit massivem Holzvorbau, Einbauküche, Thomas Genner, Tel. 079 296 48 65.

**Speisekartoffeln Agria,** aus Kühllager, Tel. 044 817 14 76.

**Berner Sennenhund,** m, 16 Mt., sucht neuen Platz wegen Krankheit seines Meisters, Tel. 052 385 27 04.

**Flohmarkt, Maschinen, Werkzeug, Teile, Haushalt,** Tel. 079 400 40 02.

**2 weisse, gute Klappbetten,** massive Messingständerlampe, 2 antike Kinderbettli, Tel. 079 484 15 12.

**Aprilia RS 50,** top Zustand, ab MFK, 20000 km, ab Service, neue Bereifung, Fr. 1750.–, Tel. 078 635 11 23.

**Mastremonten,** zurzeit günstig zu verkaufen, Max Wyler, 8610 Uster, Telefon 044 940 18 19.

**Maissämaschine Nodet,** Pneumasem mit aufgebauter Bandspritze, Fr. 800.–, Tel. 052 745 15 65.

**Wein ab Wagen!** Viel CH-Handarbeit für wenig Geld, natürlich ab Hof, J. Schneider, 8453 Alten, Tel. 052 317 16 47.

**Stewi,** 5-armig, Fr. 30.–; **Traktorleichtverdeck,** Fr. 40.–, Wernrer Bieri, Schneit, 8479 Altikon, Tel. 052 336 11 37.

**Strohrundballen,** Fr. 22.–/100 kg, Tel. 052 337 32 56.

**Zwergeselhengst,** 7 Monate, Familie Baur, Waldhof, 8197 Rafz, Tel. 044 869 11 13 oder 079 259 68 64.

**Mähknickzetter (KUHN),** 2,4 m, 6 Scheiben, Tel. 052 384 11 58 oder 052 346 12 63.

## ZU VERMIETEN

**Wir suchen eine Stallgefährtin für Aline,** unsere Freiberger-Stute. Schnitzelplatz und Weiden vorhanden, Preis Fr. 500.–/Mt. Fam. U. Merki, Bachsertalstr. 26, 8164 Bachs, Tel. 044 858 17 24.

## ZU VERSCHENKEN

**Gebläserohre,** 3 x 2 m, ø 39 cm; **Gebläsebogen,** ø 39 cm; **Gebläseauswurfbogen,** ø 39 cm, Oskar Sigrist-Pedit, rebhof, 8475 Ossingen, Tel. 052 317 16 75.

## REISEN

**Erleben Sie Wien mit Privatreiseführer:** Ob Geburtstag oder Hochzeitstag, wir organisieren alles: E-Mail an viktors@gmx.ch oder Fax 062 875 02 76.

## ZU KAUFEN GESUCHT

**Achtung!** Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

**Heurüstmaschine Kranmodell,** el. Siloverteiler, el. Heumesser, 220 V, Schaufelrührwerk. Telefon 079 678 81 49.

**Kaufe alles aus Gold und Silber!** Schmuck, Uhren, Münzen, Altgold usw. Tel. 052 343 53 31, H. Struchen.

Gesucht Kauf oder Pacht, **Ackerland** 3 bis 5 ha für Gemüsebau Bio mit Ökonomiegebäude im Zürcher Oberland. Tel. 055 241 16 58.

**Ich suche original Vorschäler von einem Baltensperger Pflug,** neu oder neuwertig, Tel. 079 355 88 30.

Zum **Kauf** oder für **Pacht** gesucht: **Landwirtschaftsland** und/oder **Landwirtschaftsbetrieb,** Landparzellen für Gemüsebau geeignet, mind. 150 a, im Dreieck Winterthur-Frauenfeld-Stammheim. Es werden Höchstpreise bezahlt!

**Walter Jucker**
**Landwirtschaftliche Beratungen**
8330 Pfäffikon ZH
Tel. 044 950 08 42, www.juckerberatung.ch

## SVP-NETZWERK

**SVP-Fotograf Christian Mettler** steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

## STELLEN-ANGEBOTE

**Maschinenring** sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

## STELLENGESUCH

**Allrounder, 35, sucht Arbeit.** Erfahrung in Logistik, Landwirtschaft, Produktion und Administration. A. Hartmeier, Kloten. Tel. 044 558 73 04 oder 079 775 30 83.

## IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

## GESCHENKE

**www.kreativ-gschaenkli.ch,** am 26. Mai am Markt, Bülach. Die etwas anderen Geschenke.

## DIVERSES

**Gehen Sie ins Altersheim?** Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

## ZU MIETEN GESUCHT

**Scheune, Schopf oder Fabrikgebäude/teil,** trocken; Lager von Standhüslis, Kartons, Hölzer, Deko usw. Langjährig, Referenzen und Vorauszahlung, auch grosse Heubühne geeignet, in Zürichs Umgebung, Umkreis 30 km. Offerten bitte an: B. Piechna, Gloriastr. 54, 8044 Zürich, Tel. 044 251 59 58.

## IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

**Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.**

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

**Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis**

## FREIZEIT/KONTAKTE

**Dirigent sucht Chor oder Gesangsgruppe,** Raum Winterthur und Umgebung. Telefon 052 243 18 19.

## DIENSTLEISTUNG

**Steht Ihr Haus im Schatten?** Profi fällt gerne Ihren Baum. Tel. 078 769 98 55.

## GESUCHT

**Achtung!** Haben Sie ungebrauchte Velos im Keller (noch fahrbar), hole sie gratis ab. 079 667 79 82.

**2 Plätze für Aufzuchtrinder,** Angebote an Tel. 052 745 26 84 ab 20.00 Uhr.

# ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

## DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

**Einmal einen Strauss des Monats im Wert von Fr. 69.–,**
**offeriert von Fleurop-Interflora.**

**Die Kraft des Frühlings, mit all seinen Farben, spiegelt sich in diesem Strauss. Erwarten Sie jetzt schon die Wärme des Frühlings voller Vorfreude? Schenken Sie doch einfach ein bisschen davon, das lässt die frostigen Wintertage vergessen. Es ist ganz einfach: Blumen schenken, Freude schenken!** Sie können den Strauss des Monats in allen Fleurop-Interflora-Fachgeschäften kaufen oder bestellen. Tel. 0800 870 870 (gebührenfrei), von 7.00 bis 22.00 Uhr, 7 Tage die Woche, oder www.fleurop.ch

## So können Sie gewinnen!

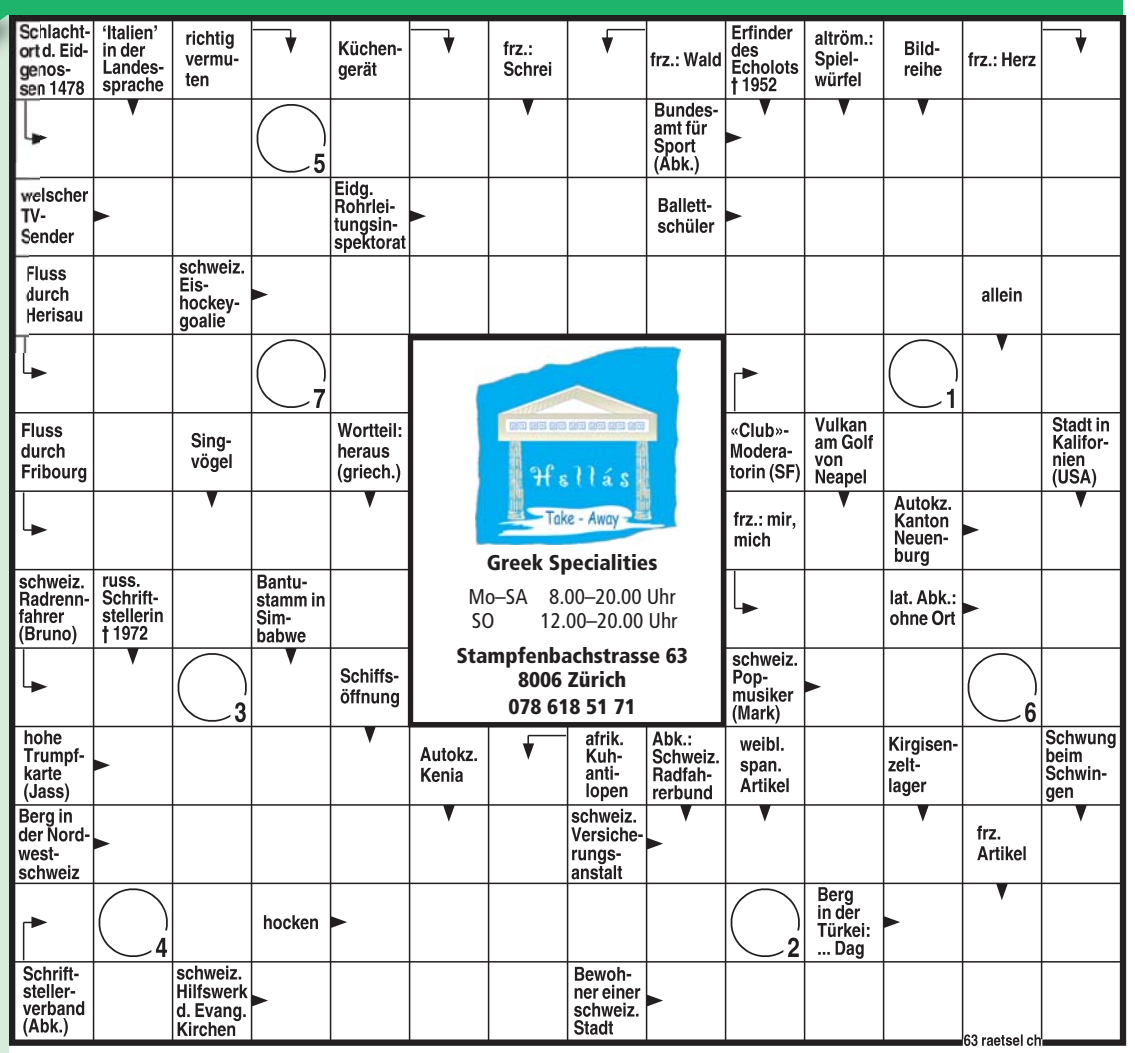
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 6. Mai 2009:**

**Zürcher Bote/Bauer**
**Wochenrätsel**
**Seestrasse 95**
**8800 Thalwil**

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Der Gewinner aus Nr. 15/09**
**Lösungswort:** Organist
**Gewinner:** E. Hofer, Horgen

**Schwedenrätsel**
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.




| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | |

**Lösungswort Woche 18/09**

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

## VORANKÜNDIGUNG

**27. Zürcher SVP-Schiessen**
Freitag, 25. September 2009 bis Sonntag, 27. September 2009, in Flaach und Berg am Irchel.

**Zürcher Ratsherren-Schiessen im Rafzerfeld / Zürcher Unterland**
Montag, 13. Juli 2009, 17. Zürcher Ratsherren-Schiessen in den Schiessständen von Eglisau, Wil, Wasterkingen und Rafz.

## SVP-KANTONSRATSFRAKTION

**Kantonsrat / Fraktion**
Montag, 4. Mai 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

## SVP-STAMM

**Bezirk Bülach / Embrach**
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Horgen / Oberrieden**
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Horgen / Rüschlikon**
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

**Bezirk Meilen / Männedorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

**Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon**
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

**Bezirk Pfäffikon / Weisslingen**
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

**Bezirk Uster / Uster**
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

**Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss**
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

**Bezirk Winterthur / Elgg**
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

**Stadt Winterthur / Seen**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich / Kreis 3**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

**Stadt Zürich / Kreis 6**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 11**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich / Kreis 12**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

## SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**
Dienstag, 26. Mai 2009, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum Ebertswil, Parteiversammlung.

Freitag, 12. Juni 2009, 75 Jahre Sektion Hausen am Albis. Jubiläumsausflug ins Bundeshaus Bern (Sommersession).

**Bezirk Andelfingen**
Montag, 18. Mai 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Post, Adlikon, Delegiertenversammlung mit Gastreferent Nationalrat Alfred Heer.

**Bezirk Bülach**
Montag, 11. Mai 2009, 19.30 Uhr, (Gratisapéro), Restaurant Militärkantine, Bülach, Sessionsveranstaltung mit den Nationalräten Hans Fehr, Hans Rutschmann und Kantonsräte. 20.00 Uhr Beginn der Veranstaltung zum Thema «Politik aktuell».

**Bezirk Bülach / Hüntwangen**
Donnerstag, 14. Mai 2009, 20.00 Uhr, Kirchgemeindehaus, Hüntwangen, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Rückzug Post, Volg, SBB: Wird Hüntwangen zur Schlafgemeinde?». Zur Stellungnahme und Diskussion sind anwesend: Erwin Furrer, Poststellengebietsleiter; Thomas Peter, Landi Rafzerfeld (Volg); Daniele Pallecchi, Sprecher SBB und Roman Dobler, Gemeindepräsident. Gesprächsleitung: Kantonsrat Matthias Hauser.

**Bezirk Bülach / Nürensdorf**
Freitag, 8. Mai 2009, 19.30 Uhr, Schloss-Saal, Nürensdorf, SVP-Jassabend (Schieberjass mit zugelosten Partnern). Jeder Jasser bringt ein kleines Geschenk im Wert von zirka 10 bis 20 Franken mit. Anmeldung per E-Mail oder Post bis am Donnerstag, 30. April 2009 an Daniel Jost, Husackerstrasse 8, 8309 Nürensdorf, Telefon 044 837 05 40, Natel 079 826 81 45 oder E-Mail: daniel.jost@hispeed.ch.

**Bezirk Bülach / Winkel**
Donnerstag, 21. Mai 2009, 10.00–13.00 Uhr, bei Familie Charlotte und Ulrich Meier, Oberglattnerstrasse 4, Winkel-Seeb, Puure-Zmorge-Buffet. Musik durch Rüdlinger-Örgeli-Fründe. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

**Bezirk Dielsdorf / SVP und SP**
Donnerstag, 7. Mai 2009, 20.00 Uhr, Feuerwehrgebäude Oberglatt, Niederhasli, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Der Islam: Eine Bedrohung für den freiheitlichen Westen» – Pro und Contra Minarettinitiative. Teilnehmer: Kantonsrätin Barbara Steinemann, SVP, Watt und Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, SVP, Flaach sowie Kantonsrat Marcel Burlet, SP, Watt und Daniel Frei, Sekretär SP Kanton Zürich. Gesprächsleitung: Silvio Seiler, freier Journalist.

**Bezirk Dietikon / Dietikon**
Freitag, 1. Mai 2009, 16.00 Uhr, bei Kurt und Elsbeth Bräm, Im Basi, Dietikon, Grillplausch (Cervelats, Bratwürste, Steaks, Getränke nach Wahl, friedliche Preise und gute Stimmung). Als Gast wird Nationalrätin Natalie Rickli anwesend sein. Kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten!

**Bezirk Horgen**
Dienstag, 19. Mai 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Sternensee, Samstagern, «Politik aktuell». Bericht aus der Bundessession und weitere Aktivitäten mit Nationalrat Hans Fehr.

**Bezirk Horgen / Langnau am Albis**
Samstag, 9. Mai 2009, 14.00 Uhr bis Sonntag, 10. Mai 2009, 18.00 Uhr, Gutsbetrieb Rengg, Renggerchilbi mit Musik, Stimmung, Essen und Trinken, Steinewerfen, Reiten und Kutschenfahrten. Samstag ab 18 Uhr Tanz mit dem Seestern-Quintett, Sonntag ab 9 Uhr Muttertagsbrunch mit musikalischer Unterhaltung durch die Akkordeon-Spieler Langnau. Organisation: SVP Langnau am Albis und Jodlerclub Langnau am Albis.

**Bezirk Pfäffikon**
Dienstag, 5. Mai 2009, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Restaurant Krone, Russikon, Sessionsanlass mit Nationalrat Hans Fehr.

**Bezirk Pfäffikon / Russikon**
Dienstag, 12. Mai 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Krone, Russikon, Parteiversammlung mit Gastreferent Nationalrat Alfred Heer, Kantonalpräsident. Er referiert zu den eidg. Vorlagen vom 17. Mai 2009.

**Bezirk Uster**
Dienstag, 5. Mai 2009, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Restaurant Waldmannsburg, Schloss-Strasse 86, Dübendorf, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Wirtschaftskrise – Was ist zu tun?». Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich, informiert über die brennenden Themen dieser Tage. Anschliessend Diskussion mit dem Publikum. Nach der Veranstaltung sind alle Besucher sehr herzlich zu einem Aperitif eingeladen. Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer!

**Bezirk Uster / Dübendorf**
Samstag, 9. Mai 2009, 9.00–12.00 Uhr, beim City-center Dübendorf, Standaktion für die Initiative «Staatsverträge vors Volk».

**Bezirk Uster / Uster**
Samstag, 6. Juni 2009, Parteiausflug ins Toggenburg mit Besuch des Parteipräsidenten Toni Brunner in seinem Restaurant. Weitere Details folgen.

**Bezirk Winterthur / Elgg**
Montag, 4. Mai 2009, 20.00 Uhr, Kellerhofstrasse 11, Elgg (Parkplätze sind genügend vorhanden), Besuch der Firma Procamed Cardiac Medical Systems. Dort werden Geräte produziert, die für unser Leben – unser Herz – buchstäblich lebensrettend sein können. Nutzen Sie diese Gelegenheit und erfahren Sie, wie Defibrillatoren produziert werden und wie ein Herz wieder zum Schlagen animiert werden kann. Nach dem Rundgang treffen wir uns – wer will – in unserem Stammlokal Rest. Eintracht Elgg. Jedermann ist herzlich eingeladen. Kontakte: info@svp-elgg.ch oder 079 404 40 58 – Webseite www.svp-elgg.ch.

**Junge SVP Unterland**
Freitag, 1. Mai 2009, 13.30 Uhr, Restaurant Frohsinn, Kloten, gemütliches Beisammensein. Anmeldung an Rafael Wohlgemuth, Präsident JSVP Zürich Unterland, Flurstrasse 9, 8302 Kloten, Natel 078 905 01 13 oder per E-Mail: rafaelwohlgemuth @yahoo.com.

**Stadt Zürich / Kreis 7**
Samstag, 27. Juni 2009, 14.00 Uhr bis Mitternacht, Quartierfest Hottingen, Wurststand SVP Kreis 7, Urs Fehr, Präsident und Lorenzo Leutenegger, Vizepräsident. Weitere Angaben folgen.

Samstag, 1. August 2009, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, festliche Veranstaltung mit Gastredner Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche Verlags AG. Organisation: Urs Fehr, Präsident SVP Kreis 7, mit Lorenzo Leutenegger und SVP-Frauen Kanton Zürich. Weitere Angaben folgen.

Samstag, 29. August 2009, Quartierfest in Hirslanden mit Stand SVP Kreis 7, Urs Fehr, Präsident, und Lorenzo Leutenegger, Vizepräsident. Weitere Angaben folgen.

Samstag, 5. September 2009 bis Sonntag, 6. September 2009, 75 Jahre Witikon in Zürich. Grosses Quartierfest mit Stand SVP Kreis 7, Urs Fehr, Präsident und Lorenzo Leutenegger, Vizepräsident. Weitere Angaben folgen.

**Stadt Zürich / Kreis 8**
Dienstag, 5. Mai 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Hegibach, Neumünsterstrasse 34, Zürich, Mitgliederversammlung mit Gastreferent Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli. Offen für alle Sympathisanten und Interessenten.

## SVP-FRAUEN

**Frauengruppe SVP Stadt Zürich**
Samstag, 9. Mai 2009, 9.00–11.00 Uhr, Kreis 9, am Lindenplatz, Altstetten, Standaktion. Mit dabei ist Margrit Haller, Kandidatin für die Ersatzwahl eines Mitglieds der Kreisschulpflege Letzi.

**SVP-Frauen Kanton Zürich**
Montag, 11. Mai 2009, 19.00 Uhr, Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, Themenabend mit der Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich.

| | |
|---|---|
| 19.00 Uhr | Türöffnung. |
| 19.30 Uhr | Vorstellung der Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich, Hans-Peter Amrein, Präsident Verkehrskommission. |
| 19.40 Uhr | Kurzvortrag «Gesetzliche Grundlagen bei Verkehrsprojekten», Hans-Peter Amrein, Präsident Verkehrskommission. Anschliessend Fragerunde. |
| 20.10 Uhr | Kurzvortrag «Flughafenpolitik im Kanton Zürich», Kantonsrat Lorenz Habicher. Anschliessend Fragerunde. |

Im Anschluss sind alle Teilnehmer und Gäste zu einem Apéro eingeladen. SVP-Mitglieder, Sympathisanten und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit SVP-Frauen Bezirk Meilen und Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich.

## MOTORRAD-CLUB SVP

**Höcks**
Dienstag, 12. Mai 2009, 19.30 Uhr, **1. Höck,** Schwyzerhüsli Wührenbach, Horgenberg.

Donnerstag, 4. Juni 2009, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Restaurant Eichmühle, Hettlingen.

Dienstag, 14. Juli 2009, 19.30 Uhr, **3. Höck,** bei Familie Balsiger, Niederhasli.

Donnerstag, 6. August 2009, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Gyrenbad, Turbenthal.

**Jahresschlusstreffen**
Freitag, 2. Oktober 2009, Waldhüttenfest.

## VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 14. Mai 2009, 14.30 Uhr (Türöffnung um 14.00 Uhr), Kirchenzentrum Glaubtenstrasse, Zürich-Affoltern, Riedenhaldenstrasse 1, Zürich, grosser Saal, Generalversammlung. Erreichbar mit den VBZ-Bussen 62 und 80 ab Bahnhof Oerlikon oder Triemlispital (80), Trolleybus Nr. 32 ab Bucheggplatz. Alle bis Haltestelle Glaubtenstrasse.


## IMPRESSUM

**Der Zürcher Bote**

**ISSN 1660–6701**
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

**Redaktion:** Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

**Mitarbeiter:**
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

**Inseraten-Annahme:**
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

**Inseratenschluss:**
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

**Druck und Abonnementsdienst:**
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch



**SVP**-Politlunch

Einladung zum SVP-Politlunch

**Mittwoch, 6. Mai 2009, 11.45 Uhr**
**Restaurant Bahnhof, Henggart**

**mit Hans Kaufmann,** *Nationalrat, Wettswil ZH*

**MWST-Erhöhung löst Finanzprobleme der IV nicht**

**Probleme lösen statt mit Geld übertünchen**

**Programm:**

| | |
|---|---|
| 11.45–12.15 Uhr: | Apéro (die SVP-Bezirkspartei lädt ein) |
| 12.15–13.15 Uhr: | Mittagessen (auf Kosten der Teilnehmer) |
| 13.15 Uhr: | Referat |
| 13.45 Uhr: | Diskussion |
| 14.15 Uhr: | Ende |

Während Apéro und Mittagessen stehen Ihnen SVP-Amtsträger in Bund, Kanton, Bezirk und Gemeinden für Gespräche zur Verfügung.

Wir machen Politik fürs Weinland
www.svp-bezirk-andelfingen.ch

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
SVP Bezirk Andelfingen



Schweizerzeit

**Öffentliche «Schweizerzeit»-Frühjahrstagung 2009**

Mittwoch, 20. Mai 2009, 18.30 Uhr
Hotel Banana City, Winterthur
Schaffhauserstrasse 8, Winterthur

***Pfarrer Peter Ruch***
Küssnacht am Rigi
Publizist

**Die Erziehung im Lichte des christlichen Menschenbildes**

mit Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag wird ein Apéro mit kleinem Imbiss offeriert.

**Einladung zur öffentlichen Veranstaltung**

**Wirtschaftskrise Was ist zu tun?**

**Nationalrat**
**Alfred Heer**
**Präsident der SVP des Kantons Zürich**

informiert über die brennenden Themen dieser Tage.
Anschliessende Diskussion mit dem Publikum.

**Dienstag, 5. Mai 2009**
**20.00 Uhr**
(Türöffnung 19.30 Uhr)

Restaurant Waldmannsburg
Schloss-Strasse 86 · 8600 Dübendorf

Nach der Veranstaltung sind alle Besucher sehr herzlich zu einem Aperitif eingeladen.

Wir freuen uns
auf viele interessierte Teilnehmer!
**SVP Bezirk Uster**

Schweizer Qualität
SVP
Die Partei des Mittelstandes